



**DIE LINKE.**  
Am Bodensee

**Mehr als 100 Jahre  
Friedenskampf rund  
um den Bodensee**



## » Mehr als 100 Jahre Friedenskampf rund um den Bodensee «

Eine Skizze zum 100. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkrieges, dem 75. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges und des 15. Jahres von Bundeswehrkriegseinsätzen.

### „Was an Menschen, volle Tausende, sind schandbar umgebracht worden bei Kämpfen um bischöfliche Throne!“

Jan Hus (1369-1415), böhmischer Kirchenreformer, welcher während des christlichen Kirchenkonzils am 6. Juli 1415 in Konstanz als „Ketzer“ verbrannt wurde, in seiner „Rede vom Frieden“ vom Jahre 1414.

*Von Charly Schweizer*

## **DIE LINKE.** Am Bodensee

Titelbild: Die Spitze des Demonstrationzuges des Internationalen Bodensee-Ostermarsches „Friedensweg Bodensee 2013“ beim Überqueren des Rheins in Konstanz. Foto: Schweizer.

Umschlagrückseite: Einer der ganz jungen Demonstranten beim 1. Bodensee-Ostermarsch 1988 von Lindau nach Bregenz, bevor er wieder in Mamas Rollltaxi stieg. Foto: Schweizer.

Herausgeber: Die Kreisverbände Bodenseekreis, Konstanz, Memmingen-Unterallgäu, Kempten/Oberallgäu, Ravensburg und Sigmaringen der Partei DIE LINKE und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschist/innen VVN-BdA Bodensee-Oberschwaben.

Bestellungen an: Wahlkreisbüro Annette Groth (MdB DIE LINKE), Wilhelmstraße 31, 88045 Friedrichshafen, Tel: 07541-6017244; [www.annette-groth.de](http://www.annette-groth.de).

## » Aus Soldaten wurden Galloyengeister «

Lange Zeit hatte das Volk nur wenige Möglichkeiten, seine Ablehnung der Kriege der jeweils Herrschenden wirksam zum Ausdruck zu bringen. Dazu gehörte gelegentlich auch, dass sie die marodierenden Soldaten erschlugen, statt vor ihnen zu fliehen. Dies geschah im 30-jährigen Krieg von 1618 bis 1648 auch nördlich von Friedrichshafen bei Hirschlatt.

Die Soldaten der verschiedenen christlichen Heere, die katholisch kaiserlichen ähnlich wie ihre evangelischen Gegner, hatten schon lange in der Gegend gehaust und mit Abgabeforderungen und Willkür das Elend des Volkes immer mehr gesteigert. Im Jahre 1647 kamen nun auch schwedische Soldaten der evangelischen Kriegspartei in die Gegend westlich der Schussen. In Eggenweiler hatten sie bereits mehrere Häuser niedergebrannt. Ein Teil der Dorfbewohner war inzwischen mit Booten über den Bodensee in die Schweiz geflüchtet.

Als die Soldaten nun erneut nördlich des von ihnen zerstörten Reichsstädtchens Buchhorn, heute Friedrichshafen, nach Nahrung für sich und ihre Pferde Ausschau hielten, flohen die verbliebenen Menschen mit etwas Essen und einem Teil ihres Werkzeugs in die nahen Wälder. Dort versteckten sie sich in dem Wipfeln der hohen Bäume. Vorsorglich hatten sie jeweils einen von sich gut versteckt auf Riesentannen am Waldrand als Beobachter zurückgelassen.

Nach einiger Zeit meldeten diese, die Stunde sei günstig, denn die Soldaten hätten ihren zuvor geordneten Haufen aufgelöst und ritten nun meist einzeln durch die Gegend. Man könne diese nun leicht stellen, fangen und erschlagen. So geschah es dann, dass einer nach dem anderen der Soldaten durch kleine Bauerngruppen mit Dreschfliegeln, Schaufeln oder Äxten erschlagen wurde. Keiner von ihnen kam mit dem Leben davon. Die Kommandantur in Buchhorn wartete vergebens auf deren Rückkehr oder eine Nachricht über ihren Verbleib.

Wenige Jahre später aber, so erzählten sich verschreckte Eggenweilerinnen und Hirschlatter noch lange, seien nächtlichen Wanderern nach Mitternacht an der Stelle, wo der Weg nach Hirschlatt an einem Wäldchen entlang verläuft, an immer wieder der gleichen Tanne seltsame Laute, ein lautes unbekanntes Pfeifen und Raunen zu hören gewesen. Dies seien die Geister der ehemaligen Soldaten, die Galloyengeister, welche wegen ihrer früheren Gewalttaten keine Ruhe finden könnten. Heute ist diese Galloyengeistersage, nachdem nie jemand je einen derartigen Geist tatsächlich gesehen hatte, nur noch ein Thema bei der Fasnet und wenn Erwachsene den kleinen Kindern Angst einjagen wollen.

## » Als Uli Bräker Friedrich dem Großen davonlief «

Zu den ältesten Methoden, sich den Gräueln der adeligen und anderer Machthaber Kriege zu entziehen, zählt seit jeher die Desertion. Ulrich Bräker aus dem Tockenburgischen südlichwestlich von St. Gallen ist wohl der bekannteste Soldat aus der weiteren Bodenseeregion, der als Deserteur dem Krieg „seines Herren“ den Rücken zuwandte und damit sein Leben rettete.

Preußens Friedrich II., der „Große“ (1712 – 1786) betrieb eine Politik, deren selbstverständliche Fortsetzung der Krieg war. Zu den von ihm verursachten Kriegen gehörte auch der „Siebenjährige“, Friedrichs dritter „Schlesischer Krieg“ 1756 bis 1763. Die junge Habsburger Kaiserin Maria Theresia wollte das ihr zuvor von Friedrich entrissene Schlesien wieder zurück erobern.

Lindau hatte sich zu Kriegsbeginn an die Stadt Zürich als Verbündeten gewandt, um nicht durch die kaiserlich-österreichischen Truppen besetzt zu werden. Da die Stadt zum Ort der Kreisversammlungen auserkoren wurde, mussten seine Bewohner nun sieben Tage die Woche Wache halten.

Soldatenwerber aus Schweden, Österreich, Bayern, Württemberg, Preußen und den Niederlanden waren damals ein alltägliches Übel in der Stadt. Das führte zum bekannten geflügelten Wort an männliche Jugendliche „Wachse nicht, Dich fangen sonst die Werber!“. Meist waren es von der preußischen Armee zwei dieser Werbeoffiziere, welche sich im damaligen Gasthaus Krone in der Ludwigstraße niederließen. Thomas Stettner schilderte deren Tätigkeit in der Lindauer Stadtgeschichte u.a. mit den Worten: „Sie waren oft unverlässige, gewissenlose Menschen, denen jede List gut genug war ihre Opfer zu fangen, und die wohl auch vor einer Gewalttat nicht zurückschreckten. Und wenn man hört, dass der Vater Friedrichs des Großen für einen Mann, den er für seine Riesengarde brauchen konnte, 4000, ja bis 9000 Taler bezahlte, begreift man ihren Eifer.“ Auf Anordnung des habsburgischen Kaisers aber war den Lindauern die Duldung preußischer Soldatenwerber vorübergehend verboten worden, worüber sich Friedrich „der Große“ gegenüber der Reichsstadt schriftlich erzürnte.

Doch etliche der zu den unterschiedlichen Armeen gepressten jungen Leute verließen diese bei nächster Gelegenheit wieder als Deserteure. Vierzig Mann stark musste die Stadt Lindau auch im „Siebenjährigen Krieg“ dem kaiserlichen Reichsheer ein Kriegskontingent stellen. Da die einheimischen Bürgersöhne dazu wenig Lust verspürten, suchten sie im Kriegsfall immer auf den Landstraßen und in den Gasthöfen nach „Ersatz“, in Form von Landfahrern und an den Rand der Gesellschaft gedrängten Kleinkriminellen.

Vom Lindauer Kontingent zum „Siebenjährigen Krieg“ desertierte vom Sammelplatz beim Regiment Baden in Lörrach aus folgerichtig die Mehrheit in die Schweiz. Ein andererseits von der preußischen Seite geworbener Ostschweizer, der aus dem Tockenburgischen südwestlich von St. Gallen stammende Ulrich Bräker (1735 – 1798), schilderte mit beherzten Worten seine Desertion aus dem Heere Friedrichs II. in der Schlacht von Lowositz zu Beginn des Krieges 1756: „Vor mir war alles Feuer, Rauch und Dampf, hinter mir noch viele nachkommende, auf die Feinde loseilende Truppen. Zur Linken sah ich Weinberge, Büsche, Wäldchen ... Da, da auf diese Seite dacht ich, sonst ist's pur lautere Unmöglichkeit!. Ich schlich also zuerst mit langsamen Marsch ein wenig auf diese linken Seite, die Reben durch. Sah noch von weiten – ein letztes Mal in meinem Leben – morden und totschiagen, strich dann in vollem Galopp ein Gehölz vorbei, das voll toter Husaren, Panduren und Pferde lag ... Jenseits desselben kamen soeben auch etliche kaiserliche Soldaten angestochen, die sich gleichfalls aus der Schlacht weg gestohlen hatten ... Den 5. Oktober traten wir nun unsre wirkliche Heimreise an ... Die unsrige ging der kleinen Orte nicht zu gedenken, über Ingolstadt, Donauwörth, Dillingen, Buxheim, Wangen, Hohenweiler, Bregenz, Rheineck, Rorschach ... Ich war froh, als wir so unvermerkt ins Städtchen Rheineck traten und große Tränen rollten haufenweis über meine Wangen herab.“ Ulrich Bräker war der Armee Friedrichs II. und dem Krieg wieder entkommen und glücklich zurück an das Schweizer Bodenseeufer gelangt.

## » Die Bodensee-Arbeiter-Internationale «

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich auch rund um den Bodensee der Industriekapitalismus durchgesetzt. Durch ihn entstanden die entsprechenden antagonistischen Klassen des kapitalistischen Bürgertums, der Bourgeoisie einerseits und der Arbeiterklasse, des Proletariats, andererseits. Dies begann insbesondere in der Ostschweiz und in Vorarlberg bereits früh im 19. Jahrhundert. Dieses Proletariat schuf sich neben den obrigkeitshörigen christlichen und liberalen Arbeitervereinen ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eigenständige, autonome Organisationen, die damals freien sozialdemokratischen Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteiorganisationen. Aus diesen gingen die heutige Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS, die Sozialdemokratische Partei Österreichs SPÖ und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD hervor. Vorübergehend umfassten diese im 19. Jahrhundert auch je eine mili-



*Demonstration der rund zehntausend Arbeiterinnen und Arbeiter des sozialistischen Bodensee-Arbeitertreffens am 16. Juli 1911 durch Arbon mit ihrer Manifestation gegen die kapitalistische Kriegshetze (Foto: Museum Arbon).*

tante anarchistisch-sozialistische Minderheit, die aktiv gegen den Militarismus der Herrschenden auftrat. So deckte die Polizei im Sommer 1885 beispielsweise in Raum St. Gallen eine Anarchistenorganisation auf, wie selbst das Lindauer Tagblatt am 31. Juli meldete: „Die Anarchisten in der Ostschweiz. Wie dem amtlichen Berichte über die Anarchistenuntersuchung zu entnehmen ist, hatten die in Winterthur und Zürich gemachten Erhebungen auf die vorher nicht bekannt gewordene Tatsache geführt, dass im Sommer 1884 in St. Gallen ein Kongress der ostschweizerischen Anarchisten stattgefunden hat, an welchem sämtliche hervorragenden Mitglieder der Ostschweiz teilgenommen zu haben scheinen. Behandelt wurde hauptsächlich der Schriftenschmuggel nach Österreich. Einer der tätigsten Agitatoren in der Ostschweiz war ein gewisser Nowotny, welcher in Rorschach wohnte...“.

Die sozialdemokratischen Ortsvereine rund um den Bodensee gründeten bei ihrem internationalen Treffen am 10. August 1902 in Bregenz mit rund 900 Genossinnen und Genossen auf ihrem 1. Internationalen Bodensee-Arbeiterfest einen Zusammenschluss, die Bodensee-Arbeiter-Internationale, welcher sich seit 1925 Sozialistische Bodensee-Internationale SBI nennt.

Das Treffen dieser damaligen Arbeiter-Internationale im Juli 1911 in Arbon bildete auch einen ersten Höhepunkt des regionalen sozialistisch-sozialdemokratischen Widerstandes gegen den

zum Krieg treibenden europäischen Imperialismus. Dieser Widerstand dauerte bis in die Tage unmittelbar vor den Kriegsbeginn durch die Kriegserklärung der kaiserlichen österreichischen Regierung gegen Serbien am 28. Juli 1914 an. Ab August 1914 allerdings fielen die meisten Führungen der europäischen Sozialdemokratie um und unterstützten nun ähnlich wie die Mehrzahl der Gewerkschaftsführungen ihre jeweiligen nationalen Regierungen bei der Kriegsführung, bzw. tolerierten diese. Die SBI rund um den Bodensee verlor deshalb auch massiv an Glaubwürdigkeit und erlosch praktisch bis zum Jahre 1922.

Der Chronist der SBI, Andreas Fuchs, schrieb zum Arboner Treffen von 1911 u.a. folgendes: „Im Anschluss an einen imposanten Umzug durch die Stadt, bei welchem ‚Sieben Musikkorps und Tambouren‘ sowie ‚174 Banner‘ gezählt werden, sprechen ‚hervorragende Meetingredner‘ zu einer 10.000 Personen umfassenden Menschenmenge: Reichstagsabgeordneter Dr. Adolf Braun (SDAP Österreich), (preußischer, C.S.) Landtagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht (SPD) und Nationalrat Hermann Greulich (SPS) sowie Onorevole Musatti, Parlamentsabgeordneter der italienischen Sozialdemokratie.

Anknüpfend an die Ausführungen des mit ‚lang andauerndem Beifall‘ bedachten Dr. Karl Liebknecht verabschiedete die Arboner Massenversammlung nachfolgende Resolution:

„Die am 16. Juli 1911 in Arbon stattfindende Internationale Sozialistenzusammenkunft protestiert energisch gegen die von blut- und geldgierigen Kapitalisten angezettelte Kriegshetze und fordert das Proletariat der in Betracht kommenden Länder auf, auf Grund der Resolution des internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart mit allen Mitteln gegen einen eventuell ausbrechenden völkermordenden Krieg vorzugehen.“

## » Die Jugendinternationale im 1. Weltkrieg «

Nachdem die Führungen der europäischen Sozialdemokratie mit ihren Parteien und Gewerkschaften in den Wochen vor und bei Beginn des Völkermordens von 1914 bis 1918 in ihrer großen Mehrheit versagt hatten, wurde in der neutralen Schweiz durch Beschluss der internationalen sozialistischen Jugendkonferenz von Bern im Jahre 1915 die Jugend-Internationale geschaffen. Sie hatte ihr Sekretariat in der Züricher Werdstraße 40 und gab die Zeitschrift JUGEND-INTERNATIONALE heraus, welche trotz zahlreicher Schwierigkeiten massenhaft auch in die Krieg führenden Länder geliefert wurde. Zu ihren bekanntesten Autorinnen und Autoren gehörten u.a. Wladi-

Titelseite (Ausschnitt)  
der ersten Ausgabe der  
ab 1. September 1915  
unter Leitung von Willi  
Münzenberg in Zürich  
erscheinenden Zeitschrift  
Jugend-Internationale  
(Sammlung Schweizer).



mir Iljitsch Lenin, Leo Trotzki, Karl Radek, Angelika Balabanoff, Edwin Hoernle, Karl Liebknecht und Marie Nielsen. Zum Sekretär wurde Willi Münzenberg gewählt.

Der 1889 in Erfurt geborene Münzenberg war 1910 als arbeitsloser Fabrikarbeiter über Lindau in die Schweiz gewandert und dort u.a. vom sozialistischen Arzt Fritz Brupbacher in Zürich aufgenommen worden. Zu den Aufgaben der Jugend-Internationale gehörte auch die Betreuung von Deserteuren, welche dem Kriegstreiben in Europa durch Flucht entkommen wollten. Willi Münzenberg in seinen Erinnerungen dazu: „Wir nahmen alle begeistert auf. Unter den Neulingen war auch ein junger rumänischer Student von 16 Jahren: Valeriu Marcu. Wir glaubten schon fixe Kerle zu sein, aber Marcu überraschte uns durch seine Lebendigkeit und durch die Schnelligkeit, mit der er Probleme erfasste und löste. Bei seiner Ankunft in der Schweiz schäumte Marcu von Tatendrang über. In Romanshorn begrüßte er beim Verlassen des Schiffes die Schweizer Eidge nossenschaft, der wir den Kampf bis zum Bürgerkrieg angesagt hatten (...).“

Erstmals zum 3. Oktober 1915 rief das Internationale Sozialistische Büro die Arbeiterjugend der

europäischen Länder zu Kundgebungen gegen Militarismus und für den Sozialismus auf. Darüber berichtete die JUGEND-INTERNATIONALE in ihrer Ausgabe vom 1. Dezember 1915 u.a. zur Schweiz und Rorschach wie folgt:

„Um die Demonstrationen am 3. Oktober wuchtig und dadurch eindrucksvoll zu gestalten, hatten wir recht früh mit den Vorarbeiten dazu begonnen. Wir fühlten uns der Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft sicher. Der schweizerische Militarismus hat durch die Einführung reaktionärer Neuerungen durch schroffe Behandlung der Soldaten, harte Kriegsgerichtsurteile gegen Gemeine und überaus milde Urteile gegen Offiziere eine erbitterte Stimmung gegen sich geschaffen. Die Partei- und Gewerkschaftspresse nahm kommentarlos unsere ersten Aufforderungen für den 3. Oktober auf. Umso mehr überrascht waren wir, als die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei eines Tages beschloss, am 3. Oktober Friedensdemonstrationen abzuhalten, zu deren Teilnahme auch wir, die Jugendorganisation ‚eingeladen‘ wurden. Herzig, wie? Man ladet uns, die schon seit Monaten für die Demonstrationen vorberaten, zur Teilnahme ein.

Warum die Geschäftsleitung zu dem Beschluss kam, ist uns heute noch nicht klar (...).

Im Interesse der Demonstrationen und der gemeinsamen Sache verzichteten wir auf eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Partei, trafen aber Vorbereitungen, dass durch unsere aktive Teilnahme an den Kundgebungen dieselben den von uns gewünschten Charakter erhielten. An vielen Orten: Biberist, Solothurn, Pieterlen, Pfäffikon, Rorschach usw. wurden die Versammlungen allein von den Jugendlichen einberufen und durchgeführt.

In allen anderen Orten, zusammen fanden zirka 70 Kundgebungen statt, beteiligten sich die Jugendlichen überaus stark bei der Agitation und an der Demonstration. Über 40 jugendliche Redner vertraten in den Versammlungen, teilweise gegen den ersten, älteren Genossen, den Standpunkt des internationalen, revolutionären Sozialismus und geißelten scharf die Versuche der Verpreußung des schweizerischen Militärwesens. Ihre Ausführungen wurden in einem Flugblatt, das in 30.000 Exemplaren verteilt wurde, weiten Kreisen bekannt gemacht. 10.000 JUGEND-INTERNATIONALE, 5.000 ‚Freie Jugend‘ und eine große Zahl sozialistischer Schriften wurden vertrieben und für den Liebknechtfonds zirka 800 Fr. gesammelt (...). Allerorts wurden neue Mitglieder gewonnen, an acht Orten neue Jugendsektionen gegründet. Zusammen beteiligten sich schätzungsweise 25.000 Personen an den Demonstrationen.“

Der internationale „Liebknechtfonds“ diente der finanziellen Unterstützung derjenigen Personen, die wegen ihrer Kriegsgegnerschaft polizeilich und gerichtlich verfolgt wurden. Karl Liebknecht hatte am 2. Dezember 1914 als einziger Abgeordneter im Deutschen Reichstag gegen die von der adeligen Regierung gewünschten Kriegskredite gestimmt.

# 2½ Jahre Zuchthaus!

## Arbeiter! Parteigenossen!

Der Streich ist gefallen. In 2½ Jahren Zuchthaus haben sie unseren Karl Liebknecht verurteilt. Weil er rief: Nieder mit dem Kriege! steckten ihn die Kriegsfrenche in die Zuchthausjude. Weil er für die Verbrüderung der Völker am 1. Mai demonstrierte, soll er im Hause der Verworfenen schmachten. Weil er für das Volk um Brot und Freiheit kämpfte, haben sie ihn in Ketten geschlagen.

Genossen! Werden wir das Schandurteil ruhig hinnehmen? Werden wir uns den blutigen Faustschlag ins Gesicht gefallen lassen?

## Arbeiter! Ihr Frauen des Volkes! Heraus aus den Betrieben!

Ein machtvoller Proteststreik im ganzen Reich zeigte der Säbelkittatur, daß das deutsche Volk aufgehört hat, sich wie ein Hund zu bücken. Wir haben satt den Völkermord und seine Greuel! Wir haben satt die Not den Hunger und das Halbesien des Belagerungszustandes. Die Herrschenden sollen erfahren, daß hinter Liebknecht Hunderttausend, Millionen stehen, die ebenso wie er rufen:

## Nieder mit dem Kriege!

Wie ein Donner soll dieser Ruf im ganzen Reich einschlagen und in die Schützengräben rollen. Wir wollen dann sehen, ob die Schergen es wagen werden, bei ihrem Schandurteil festzuhalten. Noch einmal: Ihr Männer und Frauen,

### heraus zum Proteststreik!

### Hoch der Zuchthäusler Liebknecht!

### Nieder mit dem Kriege!

In Berlin fand am Dienstag, den 27. Juni, abds. 8 Uhr eine impolante Demonstration statt. Ca. 25000 waren am Potsdamer Platz versammelt. Abgedrängt durch ein riesiges Polizeiaufgebot, bildeten die Demonstranten große Züge und sammelten sich um 10 Uhr am Alexanderplatz von neuem. Militär mit scharfen Parolen war aufgestellt in der Gegend des Potsdamer Platzes.

Am Mittwoch, den 28. Juni in der Frühe begann in Berlin der Proteststreik. Er umfaßte die folgenden Betriebe:

Glaspfah Johannistal; Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken Berlin; Deutsche Waffen- u. Munitions-

fabriken Altg. Wittenau; U. S. G. Lärche; U. S. G. Gerichtstraße; U. S. G. Hennigsdorf; Dubowig Allee; Schwarzkopf Reinkendorf; Schwarzkopf, West Berlin; Böb & Co.; Daimler Motorenfabrik; Regus Motoren; Max Hesse; Hesse & Brede; Panzer, Rubell, Berlin; Kordusch, Bormann, Bergmann, Anoverdremle, Lubbe & Green u. Ruders,

insgesamt ca. 55000 Arbeiter der Munitionsindustrie!

Ein Hoch diesen braven Kämpfern um Frieden und Freiheit! Folgen wir alle ihrem Beispiel!

Von 10 Uhr früh gab es in der Behrierstraße vor dem Kommandanturgericht, Unter den Linden, im Tiergarten große Demonstrationen.

In Braunschweig hat sich die Arbeiterschaft wieder als der Vortrupp des deutschen Proletariats mit Ruhm bedeckt. Mit dem Schlag 12 Uhr am Dienstag wurden sämtliche Betriebe der Stadt geschlossen. Sämtlicher Generalstreik ist durchgeführt worden.

In Stuttgart gab es schon am 26. Juni eine große Demonstration auf der Planie. Die Menge zog unter dem Abhingen der Internationale und Hochrufen auf Liebknecht zum Schloß und nach der Uhlenstraße. Viele Demonstranten wurden verhaftet, darunter die Genossen Crispian und Adria. Die Menge widerlegte sich den Verhaftungen, es kam zu scharfen Kämpfen mit der Polizei.

Nachrichten aus anderen Städten fehlen zur Stunde, da die Säbelkittatur Telefon und Telegraphie überwacht, damit die Wahrheit nicht durchdringt. Das wird ihr aber nichts helfen.

## Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

Die deutsche Arbeiterschaft ist erwacht. Der Streik ist ins Rollen gekommen.

## Mit diesem ersten Proteststreik ist der

## Kampf nicht zu Ende. Arbeiter, haltet

## Euch bereit zum neuen Handeln! Der

## Polizeihäufel kann Euch von der Straße

## wegfegen, aber keine Macht der Erde

## kann Euch zwingen in die Betriebe

## zu gehen!

## » Die Revolution begann 1918 in Friedrichshafen «

Der Krieg bewirkte mit den Jahren auch abseits der Fronten „in der Heimat“ wachsendes Elend: Familienangehörige, die als Frontsoldaten ums Leben oder verletzt nachhause kamen, zunehmender Mangel an Lebensmitteln und Heizmaterial, immer mehr Überstunden bei der Lohnarbeit und zunehmende Bevormundung durch den Staatsapparat im Rahmen des „vaterländischen Hilfsdienstes“.

In Friedrichshafen wurde die Industrie rund um den Zeppelinkonzern und die Friedrichshafener Flugzeugwerke Kober zu einem der großen süddeutschen Rüstungszentren ausgebaut. Innerhalb der Arbeiterschaft dieser Betriebe entwickelte sich der Kern einer linken Oppositionsbewegung, welche in Anlehnung an das Vorbild der beiden russischen Revolutionen des Jahres 1917 ein Ende des Krieges und der Adels Herrschaft forderte.

Am 22. Oktober 1918 traten erstmals Arbeiter des Friedrichshafener Maybach-Motorenbaus, heute Rolls-Royce-MTU Power Engines, nach einer Betriebsversammlung in den Streik und demonstrierten durch die Stadt. Der Bürgermeister schrieb am Tag danach an den Landrat in Tettnang u.a.: „Etwa 300 Mann haben dieser Aufforderung Folge geleistet und sind gestern abend kurz vor 9 Uhr unter Lärmen und Singen vom Saalbau vor das Rathaus gezogen, wo nach Mitteilung einiger Anwohner aus der lärmenden Menge folgendes gerufen wurde: ‚Nieder mit dem Krieg, es lebe der Friede! Hoch die Deutsche Republik! Das ist erst der Anfang, es kommt noch besser; Brotmarken raus, wir wollen Brot und besseres Essen haben; die da droben fressen uns alles weg!‘ (...) Außerdem seien aus der Menge folgende Äußerungen gefallen: ‚Der Engländer ist ein ganz rechter Mann, der Kaiser ist ein Lump, der muss abdanken; Hoch die Republik!‘.“

Bis zum 5. November kam es immer wieder zu Demonstrationen, deren Teilnehmerzahl schließlich 8.000 Personen umfasste, also fast alle Lohnabhängigen der örtlichen Rüstungsbetriebe. Bereits am 5. November forderten sie die Regierungsübernahme durch sozialistische Arbeiterräte und die Sozialisierung der Großindustrie. Ihre führenden Mitglieder gehörten meist der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, USPD an, dem während des Krieges von der SPD abgespaltenen linken Flügel der Partei. Sie hatten Kontakt zur radikalen politischen Linken u.a. dem Spartacusbund in Stuttgart.

Am 9. November 1918 setzte die Arbeiter- und Soldatenrevolution u.a. in Stuttgart, Karlsruhe, München und Berlin der politischen Macht adeliger Herrscherhäuser ein Ende, errichtete erst-

Flugblatt mit dem Aufruf zur Solidarität mit dem Kriegsgegner und späteren Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Karl Liebknecht, welches 1916 auch in Friedrichshafener Rüstungsbetrieben verteilt wurde (Sammlung Schweizer).



Revolutionskundgebung  
vor dem Lindauer Rathaus  
am 9. November 1918  
(Sammlung Schweizer).

mals eine demokratische Regierungsform in Deutschland und machte dem Krieg ein Ende. Dies wurde in Friedrichshafen am 10. November mit einer Kundgebung von rund 10.000 Menschen gefeiert. In Österreich wurde durch die dortige Novemberrevolution das Kaiserhaus der Habsburger abgesetzt und die Erste Republik gegründet. In der eidgenössischen Schweizer Republik beteiligten sich rund 400.000 Arbeiterinnen und Arbeiter am Landesstreik vom 12. bis 14. November 1918, allerdings ohne politische Erfolge.

## » Antikriegsdemonstration 1932 in Bregenz «

Der Sommer 1932 auch am Bodensee war u.a. geprägt durch die Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus und ihre massenhafte Arbeitslosigkeit. Die herrschenden bürgerlichen Eliten suchten immer deutlicher nach autoritären und militärischen Lösungen aus der Situation. Die deutsche Regierung der „Weimarer Koalition“, bestehend aus SPD sowie den bürgerlichen Parteien DDP, Zentrum, BVP und DVP, hatte bereits im Sommer 1928 den Neubau von Panzerkreuzerschiffen beschlossen. Die seit Oktober 1922 in Italien an der Macht befindliche faschistische Regierung Mussolinis wurde 1930 von der konservativ-christlichen österreichischen Regierung mit einem Freundschaftsvertrag anerkannt. Diese hatte in Italien bereits alle anderen Parteien, außer der faschistischen, verboten, die Presse unter direkte Kontrolle gestellt und politische Gegner aus der sozialistischen und kommunistischen Strömung der Arbeiterbewegung verhaften, zu Zwangsar-

# Nie wieder Krieg!

Die ehemaligen Offiziere des Kaiserjäger-, Kaiserschützen- und Rainer-Bundes werden am Sonntag, den 29. April 1932 in Bregenz unter dem Deckmantel einer Feier zu Ehren der gefallenen Krieger eine

## Monarchisten-Parade

abhalten. — Dies beweist die Aufforderung zum Tragen **der Kriegs-Auszeichnungen und der alten Uniformen.**

**Kriegsteilnehmer, denkt** an die **Offiziersmessen**, an die **Spangen**, an das **Anbinden**, vor allem an die **Versprechungen**, die man euch machte.



Denkt an die **Invaliden, Witwen und Waisen**, die man heute **hungern und darben** lässt.



## Mütter, habt Ihr Eure Kinder, Eure Männer vergessen?

Denkendes Volk, hast du schon vergessen, wie die Massenmörder in den Jahren 1914-18 unsere Väter, Söhne und Brüder wie eine Hammelherde in das blutige „Stahlbad“ getrieben haben. Volk, willst du ein zweites Mal Gefolgschaft leisten, und dich, deine Kinder und Kindeskinde in ein noch viel grösseres Blutbad stürzen? **Auch wir ehren die Toten! Wir lieben aber auch die Lebenden**, darum wollen wir sie vor einem neuen, noch viel schrecklicheren Verbrechen schützen.

**Ehret die Toten! Sorgt für die Hinterbliebenen!**

## Krieg dem Kriege!

Die sozialdem. Partei Vorarlbergs.

Plakat der sozialdemokratischen Partei Vorarlbergs gegen das erneute militaristische Treiben in der Landeshauptstadt Bregenz anlässlich der Gedenkfeiern für die Toten des 1. Weltkrieges am 29. April 1932. Es zeigt, wie berechtigt nur fünf Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges der Protest gegen das Treiben beispielsweise des militaristischen Kaiserjägerbundes zum Gedenken an „die Heldenaten der Gefallenen“ war, welches wieder massiv auch von anderen Militär-, Schützen- und Kriegervereinen betrieben wurde und eine frühe Vorbereitungsarbeit für einen zweiten Weltkrieg darstellte (Foto: Vorarlberger Landesmuseum, Bregenz).

beit verurteilen bzw. ermorden lassen. Die Militärkonvention von Tirana ermöglichte Mussolini seit 1926 großen Einfluss in Albanien. In der Londoner Flottenkonferenz von 1930 vereinbarten die Regierungen der USA, von Großbritannien sowie Japan ein Größenverhältnis ihrer Kriegsflootten von 5 : 5 : 3. Im Jahre 1932 wurde bekannt, dass das faschistische Italien den österreichischen Faschisten heimlich Geld und Waffen zur Verfügung stellte. Unter Beteiligung der nationalistischen und kirchlichreaktionären österreichischen Heimwehr wurden von Italien aus auch Waffen an die ungarischen Faschisten geliefert.

In dieser Situation rief die 1920 gegründete kommunistische Partei in Vorarlberg auf den 7. August 1932 zu einer internationalen Antikriegskundgebung nach Bregenz. Die Chronisten der Vorarlberger KPÖ, Jürgen und Wolfgang Weber, schilderten deren Verlauf u.a. wie folgt:

„Es erschienen immerhin 600 Teilnehmer, die laut Polizeibericht allerdings zu zwei Dritteln aus Württemberg und Bayern kamen. Aus der Schweiz erschienen ca. 30 Personen, die Vorarlberger Kommunisten waren mit rund 100 Personen an der Demonstration beteiligt.



*Demonstration der Kommunistischen Partei und des Rotfrontkämpferbundes Vorarlberg am 1. Mai 1932 in den Bregenzer Uferanlagen (Foto: Archiv der ehemaligen Landesleitung Vorarlberg der KPÖ).*

Von einem Zwischenfall bei dieser Demonstration berichtete die ‚Zeitschrift der Österreichischen Roten Hilfe‘: ‚Anlässlich des Demonstrationzuges bei der Bregenzer Antikriegskundgebung rief ein Arbeiter aus den Reihen der Zuschauer Rot-Front. Er wurde sofort verhaftet und bekam nach 14 Tagen ein Strafmandat auf 30 Österreichische Schilling wegen Verletzung des öffentlichen Anstandes‘. Die verbalen Provokationen, die örtliche Nationalsozialisten unter den Zusehern gegen die DemonstrantInnen ausstießen, wurden hingegen von den Sicherheitsorganen nicht finanziell geahndet.

Die Schlusskundgebung der Antikriegsdemonstration fand in den Bregenzer Seeanlagen statt, wo ein Podium für die Redner errichtet worden war. Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende der Bregenzer Kommunisten, Max Schöringhumer; er übergab das Wort an Ferdinand Nansen. Nansen verurteilte in seiner Rede das Großkapital, welches die Arbeiter gegeneinander aufhetze: ‚Nicht die Arbeiter sollen sich bekämpfen, sondern der Kampf soll gegen das Großkapital gehen. Der Kommunist kennt keine Nation, sondern nur Proletarier, man müsse den Feind innerhalb der Grenzen bekämpfen, dies seien die Großkapitalisten und die Millionäre‘. Ein Schweizer Delegierter namens Drostel überbrachte die Grüße der Schweizer Genossen. Er wies darauf hin, dass die kapitalistische Wirtschaft Lebensmittel vernichte, während andere Menschen hungern oder arbeitslos seien. ‚Für die Kommunisten gelte es jetzt zu beantworten, ob sie die Ärzte oder die Totengräber des Kapitals sein wollen.‘

Als dritter Redner trat ein gewisser Gade aus Stuttgart auf. Er sprach über die Kriegsbegeisterung der Sozialdemokraten im Jahre 1914 und betonte, dass die faschistische Reaktion nur durch den Verrat der Arbeiterführer entstanden sei. Grüße aus München überbrachte der bayerische Landtagsabgeordnete Wagner, der festhielt, dass ‚der schleichende Mord in Deutschland jetzt an der Tagesordnung‘ sei. Der Kriegsinvalide Josef Leeb aus Wien verwies in seiner Rede auf die Produktion von Tausenden Stück Munition in Österreich für den Krieg gegen Sowjet-Russland. Weiters beschwerte er sich über die Verfolgungen, denen die österreichischen Kommunisten ausgesetzt seien, während die Behörden die Nationalsozialisten frei gewähren ließen. . . .“

## » Hitlers großen Krieg in Spanien verhindern. Internationale Spaniensolidarität vom Bodensee 1936–1939 «

Der Wahlsieg der verbündeten Linksparteien zwang 1931 Spaniens König zur Abdankung. Die zweite spanische Republik wurde ausgerufen. Ende 1935 bildeten die Arbeiter- und die bürgerlich-demokratischen Parteien eine Volksfront, welche am 16. Februar 1936 die Parlamentswahlen gewann und mit tiefgreifenden Sozialreformen zur Hebung des Lebensstandards des Volkes begann.

Am 18. Juli 1936 putschten Militärs um General Franco mit Teilen der Armee, den Monarchisten, Faschisten und den Spitzen der christlichen Amtskirche gegen die gewählte Regierung, die bürgerliche Republik und für die Errichtung eines klerikal-faschistischen Regimes. Hitler und Mussolini sagten den Putschisten sofortige Hilfe zu. Die anarchosyndikalistische CNT/FAI, die trotzkistisch-sozialistische POUM, die kommunistische PCE, die sozialistische PSOE und die Gewerkschaften riefen zum Generalstreik und bewaffneten Widerstand gegen die Putschisten auf. Ihr Motto: „NO PASARAN!“ – Sie kommen nicht durch!

Am 26. August 1936 fand die erste Bombardierung Madrids durch Francos Luftwaffe statt.

Ab August 1936 schlossen sich erste Internationalistas aus europäischen Ländern, den USA, der Sowjetunion, Christen, Juden und Atheisten den spanischen Volksmilizen an und bildeten ab September eigene bewaffnete Einheiten. Die erste deutschsprachige Einheit war die „Centuria Thälmann“, organisiert von Hans Beimler, bayerischer Kommunist und ehemaliger Häftling im KZ Dachau. Ende Oktober 1936 wurden daraus die Internationalen Brigaden mit ihrem Zentrum in Albacete, mit von 1936 bis 1938 rund 18 000 Mitgliedern. Die Deutschen waren meist Mitglied im Thälmann-Bataillon, die Österreicher im Bataillon Tschapajew bzw. „12. Februar“, die Schweizer/-innen häufig im Bataillon Edgar André der 11. Brigade. Über 2000 der InterbrigadistInnen fielen im Krieg. Einzig die Sowjetunion unterstützte mit Geld, Waffen und Auszubildern, wenn auch bescheiden, als Staat die Spanische Republik und deren antifaschistischen Kampf.

Zur NS-deutschen Unterstützung der Putschisten zählten u.a. die mit modernsten Flugzeugen von Junkers und von Dornier-Friedrichshafen ausgestattet 16 000 Soldaten der Legion Condor, auf deren Konto u.a. die Vernichtung der baskischen Stadt Guernica am 26. April 1937 geht.

Nach dem Sieg der Franco-Faschisten am 1. April 1939 forderten deren Hinrichtungen und Gefängnisse allein von 1939 – 1947 das Leben von 300 000 Spanierinnen und Spaniern.



Hans Hutter, Winterthur (1913-2006).

Vorarlberg und Tirol bildeten 1933 bis März 1938, eingezwängt zwischen die faschistischen Staaten Italien und Deutschland eine schmale Landbrücke von und nach Ost- und Westeuropa. „Namentlich in Lustenau bestand eine Organisation der Roten Hilfe unter der Führung von Hans König, an der auch der spätere Spanienfeiwilige J.P. mitarbeitete. Funktionäre der KPÖ wie Melanie Ernst, Tilly Spiegel und Josef Foscht bauten von der Schweiz aus die lokalen Verbindungen auf. Anlaufstellen waren meist Gasthäuser. Zum einen Teil – wie im Falle ‚Hohe Kugel‘ in Götzis, ‚Löwen‘ in Altdorf und ‚Brückenwaage‘ in Lustenau – wurden sie von Sympathisanten oder Mitgliedern von Arbeiterparteien geführt...“ (Gernot Egger in „Vorarlberg und die Republik in Spanien 1936 – 1939“).

„Ernst Reiner wurde 1901 in Götzis/Vorarlberg als Sohn eines Stickereiarbeiters geboren: ‚Da wir mit unserem Vater den eigentlichen Haupternährer verloren hatten kam ich schon 1914 nach Deuchelried bei Wangen/Allg., wo ich bis 1920 in landwirtschaftlichen Diensten stand. Von dort kam ich dann 1920 nach Österreich zurück...‘ (Ernst Reiner). Reiner wird Schmuggler, beteiligt sich am Transfer von Spanienkämpfern in die Schweiz. Als ihm Verfolgung und Verurteilung durch die Behörden drohen, meldet er sich als Freiwilliger der Internationalen Brigaden...“ (Gernot Egger)

Bereits im August 1936 wurde die Centuria Thälmann gebildet. Nach kurzer Ausbildung fuhren ihre Mitglieder am 29. August als Teil der Division Carlos Marx an die Aragonfront. Zu den ersten 166 Mitgliedern der Centuria gehörten u.a. Georg Meyer und Hans Kukowitsch (beide KPD) aus Lindau, Hans und Max Hutter (SPS) aus Oberwinterthur, Hans Thoma (KPSch) aus St. Gallen, Käthe Hempel aus Schaffhausen, Eugen Müllerschön (KPD) aus Winterbach bei Ulm, die Brüder Gabriel und Lorenz Ender (SPÖ und spanische UGT) aus Mäder bei Hohenems, Fritz Löflach (SPD) aus Memmingen, und Otto Häringer (Rote Hilfe Dtl.) aus Waltershofen.

Geboren 1913 als Söhne eines Spenglermeisters und SPÖ-Obmannes in Mäder, arbeiteten Gabriel und Lorenz Ender wegen der Arbeitslosigkeit in ihrer Heimat 1936 in



Melanie „Mela“ Ernst, Österreich (1893-1949).

Spanien. „Beim Putsch der Offiziere melden sie sich spontan als Mitkämpfer bei den anarchistischen Milizen. Der neuingesetzte kommunistische Bürgermeister des Dorfes weist sie auf die internationalen Einheiten hin, die im nahen Barcelona gerade entstanden. So werden die Brüder Angehörige der Centuria Thälmann, ... Im Oktober wird Gabriel Ender bei Tardienta verwundet. Die Centuria hat hohe Verluste, von 140 Leuten fallen 70 aus. Nach der Ausheilung seiner Verwundung wird Gabriel Artillerist im Verband der 13. Internationalen Brigade.“ (Gernot Egger) Käthe Hempel aus Schaffhausen arbeitete seit Oktober 1936 als Sanitäterin bei den Internationalistas in Spanien. Sie berichtete später:

„Fünf Frauen und das kleine Kind hatten sich in einer Wohnung, einer jener armseligen Wohnräume der aragonesischen Bauern, zusammengefunden ... Eine Granate war in ihrem Zimmer

explodiert. Eine der fünf Frauen war vollständig zerschmettert worden, die andern vier lagen in lebensgefährlichem Zustand bei uns. Die junge Mutter hatte ihr Kind schützen wollen und hatte deshalb selbst die größere Ladung bekommen. Ihr rechter Oberarm war schwer verwundet, auch der Knochen war durchgeschlagen ... Vorsichtig fasste ich ihr unter den Kopf, doch dort, wo ich soeben anfassen wollte, war ein blutiger Brei!“

Zu den Verwundeten der Centuria Thälmann in Tardienta gehörte auch Hans Kukowitsch aus Lindau. Krafffahrer und Centuria-Vertrauensmann Georg Meyer aus Lindau fand bei der Verteidigung dieser Kleinstadt gegen die Faschisten am 24. Oktober 1936 den Tod.



Hans Thoma, St. Gallen (1902-1962).

Anny Thoma, Frau von Hans

Thoma, beides kommunistische Spanienfreiwillige aus St. Gallen, erzählte über Erfahrungen mit gesellschaftlichen Veränderungen im Rahmen des antifaschistischen Kampfes 1937 in Barcelona:

„Carmen, ein stilles Mädchen, nie, nie war sie aufgefallen ... Da nahm uns die Transportabteilung des Verteidigungsministeriums als Arbeiterinnen auf, mit Tageslohn von zwanzig Peseten und Soldatenbrot täglich. Auf dem Stierkämpferplatz Monumental richteten wir unter Leitung eines Technikers so etwas wie eine Garage ein ... Da nahmen wir in den brütend heißen Som-



Käthe Hempel, Schaffhausen (1911-1966).

mermonaten die alten oder durch Bomben zerstörten Autos und Ambulanzen auseinander, oder machten leichtere Reparaturen.“

Helmut Huber, kommunistischer Arbeiter aus Friedrichshafen, berichtete in „Die Woche“ vom 2. 11. 2001 über seine Teilnahme an der Ebro-Schlacht 1938 gegen die Franco-Faschisten:

„Es ist Vollmond, viel zu hell zum Kämpfen. `Es war ein Anfängerfehler`, sagt Huber heute. Die Soldaten Francos sehen die Boote kommen und erschießen zuerst einen Spanier, der neben Huber ertrinkt. Doch dann muss er vor den Schüssen wegtauchen und verliert den Kontakt. Die starke Strömung nimmt ihm die letzte Kraft. `Ich hatte mich schon verabschiedet`, erinnert sich Huber. Dann spürt er unter Wasser eine Baumwurzel. Er zieht seine Schuhe aus, löst die zwei Handgranaten vom Gürtel und schafft es zurück. Das war Anfang Juli 1938.“

Auf der Gegenseite benützten die Franco-Faschisten und die NS-Legion Condor u.a. Dornier-Flugzeuge vom Typ Do 17 aus Friedrichshafen zur Bombardierung spanischer Städte. Ramon Franco,



Der in Friedrichshafen geborene Bootsbauer Josef Steidle (1908-1938), der in Zeltweg/Österreich geborene Modelltschler Stefan Lovász (1901-1938), die in Berlin geborene Stuttgarter Stenotypistin Lilo Herrmann (1909-1938) und der in Schneidlingen/Thüringen geborene Schlosser Artur Göritz (1907-1938) bildeten zur Zeit des NS-Faschismus ein antifaschistisches Netzwerk. Zu ihren Zielen gehörte, sich Informationen über die NS-Aufrüstungsprogramme zu besorgen und diese den Medien im europäischen Ausland zu überlassen, damit Europas Regierungen von den Kriegsvorbereitungen durch die deutsche NS-Regierung erfahren. Alle vier waren politisch an Sozialismus und Kommunismus orientiert. Artur Göritz arbeitete seit 1934 für die Dornier-Flugzeugwerke in Friedrichshafen-Manzell. Die vier wurden verraten und ab Sommer 1935 von der Geheimen Staatspolizei GeStaPo verhaftet, verhört und gefoltert. Am 20. Juni 1938 wurden sie nach entsprechenden Urteilen des NS-Volksgerichtshofes in Berlin-Plötzensee mit dem Fallbeil hingerichtet (Postkarte in der Sammlung Schweizer).

Bruder von Putsch-General Francisco Franco, gehörte schon Jahre zuvor zu den Werkspiloten der Firma Dornier. Trotz vorläufigem Berufsverbot als ehemaliger NS-Förderer und NS-Profiteuer konnte Firmenchef Claude Dornier bereits 1951 in Madrid mit Billigung des Franco-Regimes sein OTEDO-Büro eröffnen. Der erste Kommandeur der faschistischen deutschen Legion Condor war Generalmajor Hugo Sperrle, welcher zuvor von 1929 bis 1930 Bataillons-Kommandeur in Konstanz gewesen war.

Im Januar 1939 verloren die Republik Spanien und ihre Freunde von den Interbrigaden und aus der Sowjetunion endgültig den Kampf gegen die militärische und finanzielle Übermacht der spanischen Faschisten samt ihren Unterstützern aus Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien. Inzwischen hatte NS-Deutschland sich im März 1938 Österreich einverleibt, im Frühjahr 1939 die tschechische Republik und begann am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg von 1939 bis 1945.

## » Michael Kitzelmann wollte als Christ nicht weiter unter NS-Lumpen leben «

Die Räume der heutigen Freien Schule Lindau, der Volkshochschule und des „Hauses der Wirtschaft“ befinden sich in dem 1903 als „Luitpoldkasene“ eingeweihten Gebäudekomplex. Die Soldaten des Lindauer III. Bataillons des 91. Infanterieregiments wurden bei der Besetzung Österreichs im März 1938 in Perchtoldsdorf bei Wien eingesetzt. Mit Entfesselung des 2. Weltkrieges 1939 wurde das Bataillon in den Jahren 1940 bis 1941 zum Gebirgsregiment 91 der 4. Gebirgsdivision. An seiner Stelle kam das 488. Reserve-Bataillon nach Lindau.

Von einem der Soldaten wissen wir, wie er sich vom kriegsbegeisterten Landser zum Kriegsgegner wandelte und dafür hinge richtet wurde. Michael Kitzelmann wurde am 29. Januar 1916 als Bauernsohn im Weiler Horben bei Gestratz im Landkreis Lindau geboren, streng katholisch zu Gehorsam gegenüber den



*Der Allgäuer Bauernsohn Michael Kitzelmann in Uniform 1916-1942 (Foto: Sammlung Schweizer).*

Eltern und in Ehrfurcht vor dem christlichen Gott erzogen. Von 1928 bis 1936 Schüler des humanistischen Gymnasiums in Dillingen, absolvierte er 1936 sechs Monate Reichsarbeitsdienst und begann im September an der kirchlichen Akademie in Augsburg mit dem Studium der für den Priesterberuf notwendigen philosophischen Semester.

Im Jahr 1937 wurde seine Bewerbung an die Lehrerbhochschule in München-Pasing abgelehnt, da er sich weigerte, in eine der vorgeschriebenen NS-Organisationen einzutreten. Unsicher geworden, ob der Beruf des Priesters für sein Leben der richtige sei, rückte er im Sommer 1937 als Freiwilliger zum 91. Infanterie-Regiment in die Lindauer Luitpoldkaserne ein.

1938 war er begeistert am deutschen Einmarsch in Österreich beteiligt, 1939, inzwischen zum Unteroffizier befördert, am Überfall auf Polen.

Die Wende in seinen Auffassungen kam mit der Beteiligung am Überfall auf die Sowjetunion 1941 und dem dortigen Kriegsalltag. Gemäß seinem christlichen Glauben lehnte er die deutschen Greuelthaten immer deutlicher ab. In der Ukraine wurde ihm nun die Leitung einer Maschinengewehr-Kompanie übertragen. Aus Priluki schrieb er am 28. September nach Hause: „Der einzige Gedanke und Wunsch eines jeden ist nur: Ende des Krieges, raus aus Russland und zurück in die Heimat.“ Vierzehn Tage später wurde er noch deutlicher: „Wir sind ein ewig wandernder, raubender Heerhaufen geworden...“.

Immer klarer zeigte er nun in Briefen nach Hause und Gesprächen mit Kameraden seine aus christlicher Grundhaltung entstehende Ablehnung des Krieges und der dafür verantwortlichen NS-Führung: „Wenn diese Lumpen siegen, dann kann und will ich nicht mehr leben.“ Doch er wurde denunziert.

Nach Genesung seiner zweiten Verwundung im Lazarett in Orel wurde er Anfang April 1942 bei der Rückkehr zu seiner Division verhaftet und am Karfreitag vom Standgericht wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt. Seine Mutter fuhr wegen eines Gnadengesuches zum Obersten Gerichtshof nach Berlin und wurde abgewiesen: „Was erwarten Sie eigentlich, Frau Kitzelmann? Seien Sie zufrieden, wenn wir nicht auch Sie und Ihren Mann belangen. Sehen sie hier diesen Stoß von Briefen – das haben Sie und Ihr Sohn geschrieben.“

Am 11. Juni 1942 wurde Michael Kitzelmann unter Verlust der „Wehrwürdigkeit“ im Gefängnis von Orel gemäß dem Urteil eines NS-deutschen Militärgerichtes durch Erschießen hingerichtet.



als Parteilose und Jüngste für die DFU-Liste aufstellen, die Heinz Weidenfeld anführte. Ein Flugblatt, das wir zu dieser Wahl verteilt hatten, zeigte die Schwerpunkte der damaligen DFU-Politik, bundesweit und regional. Auf Seite vier ein Bild von Albert Schweitzer mit dem Kommentar: ‚In seinem Geiste für die Deutsche Friedens-Union‘, des weiteren die zehn ersten KandidatInnen der Liste mit Lebensläufen und Fotos, einige Aussagen zur hiesigen Kommunalpolitik und schließlich die Aufforderung: ‚Wählt Rüstungsgegner in die Rathäuser‘ (...)

Die Konstanzer DFU schnitt 1962 mit 3,9% nicht gerade rosig ab. Es reichte nicht für einen Sitz, weder im Gemeinderat, noch im Bürgerratsausschuss. Dennoch: In drei Wahlkreisen Baden-Württembergs errang die DFU je ein Mandat (...)

Die DFU hatte sich 1960 in Stuttgart konstituiert und kandidierte bereits zu den Bundestagswahlen 1961, scheiterte aber an der 5%-Hürde. In Konstanz entstand bald ein Ortsverband, im Mai 1961

ein Bezirksverband, jeweils mit Heinz Weidenfeld als Vorsitzenden. Es wurden regelmäßig Mitgliederversammlungen abgehalten, sehr oft gemeinsam mit den Ortsverbänden Singen und Überlingen. Die DFU war damals, wie ich nachlesen konnte, recht aktiv vor Ort. So fand im Vorfeld der Bundestagswahl 1961 ein Bodensee-Treffen der DFU statt, bei dem ein ganztägiges Programm angeboten wurde. Dabei sollte Frau Prof. Dr. Renate Riemack, Gründungs- und Bundesvorstandsmitglied der DFU, im Oberen Konzilssaal referieren (‚Wer Frieden will, muss Frieden wählen‘) (...)

Ich entschloss mich 1962, DFU-Mitglied zu werden. Ihre Ziele waren mir einleuchtend: Frieden, Abrüstung, Entspannung, Wiedervereinigung, soziale Leistungen. Damit konnte ich mich identifizieren. Ich engagierte mich

ziemlich in der Konstanzer DFU, beschränkte mich jedoch zunächst auf Kleinarbeit wie Protokollführen, auf das Schreiben von Einladungen, zeitweise auch aufs Kassieren. Ab 1967 wurde ich stellvertretende Bezirksvorsitzende und Mitglied im Landesvorstand der DFU (...)

Für die Bundestagswahl 1965 gab es bei der DFU außer Direktkandidaten (Wahlkreis Konstanz: Heinz Weidenfeld) auch eine Landesliste, mit vielen mir bekannten Personen, darunter Dr. Hermann M. Venedey, Dr. Georg Hermann, Heinz Seeger, Ludwig de Pellegrini (‚Pelle Igel‘), August Locherer, Werner Gürtner, Werner Schrott. Ich war noch nicht dabei, half aber vor Ort beim Wahlkampf. Wir sprachen uns aus gegen die Rüstungspolitik, gegen die Notstandsgesetze, für eine neue Opposition. Wir verteilten Flugblätter (...)

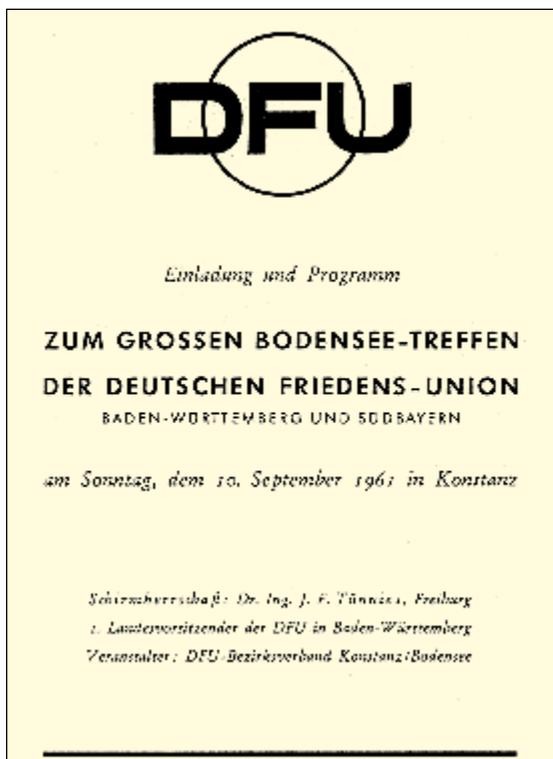
Doch leider war der DFU wiederum kein Erfolg beschieden. Sie kam nicht über die 5%-Hürde. Dieses Wahlergebnis deprimierte mich sehr. Ich konnte es nicht verstehen. Unsere für mich so einsichtigen Argumente fanden bei der Bevölkerung offenbar kein Gehör.

Nach diesen Erfahrungen mussten wir uns neu orientieren, wir brauchten Verbündete. Für weitere Wahlen bot sich die Demokratische Linke (DL) an, die 1967 für Baden-Württemberg gegründet wurde. Sie brachte ArbeitnehmerInnen-Belange stärker ein, war gewerkschaftlicher ausgerichtet als die DFU, hatte aber ansonsten in Sachen Notstandsgesetze, Bildungswesen, Friedenssicherung, Vietnam-Krieg oder Ostpolitik ähnliche Positionen wie die DFU.

In Konstanz wurde am 26. Januar 1968 im Nebenzimmer des Gasthauses ‚Bauhof‘ die erste Versammlung der DL abgehalten, die ich selbst miterlebte. Siegfried Mannstadt wurde Vorsitzender der Konstanzer DL, Karl Hanauer sein Stellvertreter, auch meine Mutter wurde in den provisorischen Vorstand gewählt.

Im gleichen Jahr waren noch Wahlen fällig: im April zum Landtag und im Herbst zum Gemeinderat und Bürgerratsausschuss. Für die Landtagswahl 1968 fasste die DFU in Baden-Württemberg den Beschluss, sich selbst zurückzunehmen und die DL zu unterstützen, wobei die DFU aber ansonsten ihre politisch-organisatorische Selbständigkeit bewahrte. Die DL kandidierte daraufhin in allen 70 Wahlkreisen in Baden-Württemberg, in Konstanz mit Heinz Weidenfeld, Stellvertreter Karl Hanauer. Das Ergebnis war für die DL nicht berauschend. Sie konnte die 5%-Hürde nicht überspringen (...)

Aber aufgeben? Das war nicht unsere Sache. Eine neue Möglichkeit eröffnete sich, zumindest für die Bundestagswahl am 28. September 1969. Die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) formierte sich bundesweit. Ähnlich wie die DL stellte sie ArbeitnehmerInnen-Interessen in den Mittelpunkt ihres Programms, ebenso Forderungen nach Abrüstung, Demokratie, Anerkennung der DDR und der Nachkriegsgrenzen. Die DFU entschloss sich zu einem Wahlbündnis



Einladung zum großen Bodenseetreffen der Deutschen Friedensunion im September 1961 in Konstanz (Sammlung Schweitzer).

mit der ADF. Für den Wahlkreis Konstanz war Heinz Weidenfeld Erstkandidat, Stellvertreterin Roswitha Besnecker (...)

Auch dieses Mal machten wir Wahlkampf, waren jedoch auch in diesem, wie wir hofften, breiteren Bündnis keineswegs erfolgreich. Im Gegenteil, wir erhielten als ADF weniger Stimmen als bei früheren Wahlkonstellationen – geradezu niederschmetternd für uns. Die DFU und die ADF traten im Laufe der Zeit immer stärker in den Hintergrund, inzwischen existieren sie nicht mehr. In unserer Region gab es neben den geschilderten Aktivitäten auch immer wieder kleinere Gesprächsrunden politisch ähnlich gesinnter Personen. Eine Einladung zu einem solchen Treffen aus dem Jahr 1958 besitze ich noch, das im Hause des Kunstmalers Otto Marquardt in Allensbach stattfinden und bei dem es u.a. um das Thema ‚atomare Bedrohung‘ gehen sollte und zu dem ... eine Anzahl verantwortungsbewusster deutscher Menschen aus allen Gesellschaftsschichten und politischen Lagern ihre Teilnahme angemeldet haben...’.

Ich erlebte Otto Marquardt, der sich selbst als ‚Friedensmaler und Pazifisten‘ bezeichnete, bei solchen Treffen nicht, wohl aber in etlichen Versammlungen der DFU, deren Mitglied er war. Dabei ergriff er, damals bereits ein älterer Herr, immer ausführlich das Wort. Er starb 1969 über 80jährig.

Weitere Zusammenkünfte dieser Art fanden, wie mir noch gut in Erinnerung ist, in Unteruhldingen bei Frau Huck, der Tochter des Schriftstellers Andersen-Nexö, sowie bei Frau Bracht-Galle in Allensbach statt. Meine Mutter nahm an manchen dieser Gespräche teil und erzählte danach immer sehr positiv sowohl vom Inhalt als auch von der Atmosphäre. Ich war nur einmal dabei, als mich Frau Bracht zum Kaffeekochen engagierte. Von der Runde selbst habe ich recht wenig mitbekommen.

Die Bewegung ‚Kampf dem Atomtod‘ wurde bereits 1958 initiiert, trat bundesweit gegen Atomwaffen auf und stieß auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung, u.a. weil auch Gewerkschaften mitmachten. In Konstanz bildete sich eine solche ‚Aktionsgemeinschaft‘, basierend auf dem ‚Konstanzer Manifest‘, in dem auf die atomare Gefahr hingewiesen und ein Volksentscheid vorgeschlagen wurde. Des weiteren heißt es dort:

... In dieser ernsten Stunde fordern daher auch die unterzeichneten Konstanzer Bürger (...), es wolle unsere Regierung mit allen Kräften nach der friedlichen Lösung der Konflikte suchen und die sich bietende Möglichkeit fruchtbarer Gespräche mit Russland zur Erhaltung des Friedens und damit unserer Kultur und unserer Jugend nützen’.

Der 1. Mai 1958 stand in Konstanz dann auch stark im Zeichen des Widerstands gegen die Atomwaffen. Neben dem DGB riefen der Arbeitsausschuss ‚Kampf dem Atomtod‘, die Wehrdienst-

verweigerer und die Jusos am 30. April 1958 im ‚Südkurier‘ zur Kundgebung mit Ansprachen, Musik und Rezitationen auf. Ich nahm mit meinen Eltern an der Feier im Konzil sowie an der sich anschließenden Demonstration teil, die mit etwa 500 bis 600 Personen zum Stefansplatz führte, wo der damalige SPD-Bürgermeister Alfred Diesbach vom Balkon des Restaurants ‚Grünenberg‘ die Abschlussrede hielt. Sie wurde ‚mit lautem Beifall aufgenommen‘ (Südkurier vom 2. Mai 1958).“

## » Die Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung «

In den 1950er-Jahren setzte sich u.a. am deutschen Bodenseeufer von Singen bis Lindau auch die Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung gegen die erneuten Kriegsgefahren des „Kalten Krieges“, die Atombewaffnung und den Militarismus ein. Zu ihren Aktivistinnen zählten beispielsweise in Singen die Kommunistin Ruth Weiler und in Lindau die ehemalige Kommunistin Anni Starke. Bundesvorsitzende war Prof. Dr. Klara-Marie Faßbinder (1890 – 1974), welche zu Friedensvorträgen immer wieder an den Bodensee kam. Sie hatte 1917 ihr Staatsexamen für das Lehramt absolviert und 1919 promoviert. Während ihrer Tätigkeit im 1. Weltkrieg als Referentin der 3. Armee des deutschen Kaiserreiches an der Westfront lernte sie in Frankreich die Gräueltaten des Massenmordens kennen und diese zu verachten. Bereits in den 1920er-Jahren war sie in Frauenorganisationen und internationalen Friedensorganisationen aktiv. Kurz nach dem 2. Weltkrieg erhielt sie im Oktober 1945 einen Lehrauftrag für Geschichte an der Päd. Akademie in Bonn. In der Überlinger Alternativzeitschrift SCHELLE Nr. 25 von 1982 schilderte Lili Walther ihre Erinnerungen an Klara-Marie Faßbinder.

„In den fünfziger Jahren hatte ich das Glück, Frau Prof. Dr. Faßbinder bei einem Vortrag in Überlingen im Raben kennen zu lernen. Wir waren wenig Zuhörer. Da erzählte uns also eine kleine zierliche, fast unscheinbare, offenbar sehr intelligente Frau ruhig und anschaulich von ihren Reisen im Dienste von Frieden und Verständigung nach Osten und Westen – nach Russland und Amerika. Ich war so beeindruckt, dass ich am nächsten Morgen in ihrem Quartier, dem Ochsen, anrief, ob ich sie nicht sprechen könne, um zu erfahren, was unsereins für den Frieden tun kann. Sie sei nicht da – sie sei in der Kirche, wie immer am Morgen.“

Einem anderen Zuhörer ging es ebenso, er ging aber vom Ochsen ins Münster, um sie zu finden. Da habe er sie ganz einsam und allein in der großen Kirche sitzen sehen, offenbar tief in ein Gebet versunken. Dies war wohl die Quelle, die ihr die Kraft gab, ihren einsamen, mühsamen Weg furchtlos zu gehen.

Sie war Pädagogin. 1935 wurde sie von den Nazis als Friedenskämpferin aus ihrem Amt entlassen. 1953 erhielt sie zum zweiten Mal, von der CDU, Berufsverbot wegen ihres Einsatzes gegen die Wiederaufrüstung. Sie gab nicht auf. In ihrer arbeitslosen Zeit betätigte sie sich als Übersetzerin des französischen Schriftstellers Paul Claudel. Die Übersetzung des ‚Seidenen Schuhs‘ hat sie in Überlingen vollendet, als sie bei Freunden gelegentlich eines Vortrages wohnte.

Von Frankreich bekam sie, u.a. deshalb, den großen Orden ‚Les Palmes Académiques‘, d.h.

sie sollte ihn bekommen. Bundespräsident Lübke (CDU, C.S.) hat die gesetzlich erforderliche Zustimmung dazu mit der sehr seltsamen Begründung, Frau Fassbinders Katholizismus sei eine Tarnung, nicht gegeben. Die Zustimmung gab 3 Jahre später sein Nachfolger Gustav Heinemann (SPD, C.S.) gleich im Anfang seiner Amtszeit. Ihr lag bestimmt nicht viel an einem Orden, aber die Frauen der Friedensbewegung, die sie ins Leben gerufen hatte, haben sich gefreut. Sie war tolerant und weise genug, jede in die Bewegung aufzunehmen, die sich ehrlich für die Friedensarbeit einsetzen wollte, ohne Rücksicht auf die jeweilige Weltanschauung, den Glauben oder Nichtglauben der Betroffenen.



Einladung der Lindauerin Anni Starke zu einer Veranstaltung der Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung im Januar 1956 in Friedrichshafen (Sammlung Schweizer).

Sie erzählte also von ihren Friedensreisen nach Russland und Amerika. Irgendwie hätten die Menschen in beiden Ländern Ähnlichkeiten miteinander, sagte sie. Ähnlich auch in der ganz großen Sehnsucht nach einem dauerhaften Frieden. Unter ihren Worten wurde einem wirklich bewusst, dass in dem verketzerten Osten Menschen wie Du und ich leben und Menschen, die große Angst vor einem Krieg haben, den sie länger als wir im eigenen Land erlebt hatten. Sie ging in die DDR und verhandelte mit der berühmten Richterin Hilde Benjamin und machte sie irgendwie zugänglich, so dass sie Vergünstigungen für Gefangene erreichen konnte. Sie war bei Chruschtschow und fand bei Nina Chruschtschow großes freundschaftliches Verständnis für ihre Friedensarbeit.

‚Kommunistische Unterwanderung‘ – Wir kennen dieses Schlagwort zur Genüge, es hat sich seit der Nazizeit ungebrochen erhalten! In den fünfziger Jahren war es nicht so einfach wie jetzt nach Moskau zu reisen, man wurde diffamiert. Auch unser Überlinger Mitbürger, der pazifistisch denkende Carl Löhle, hat das bitter erfahren müssen.

Man braucht ein ganz krasses Feindbild, um die Notwendigkeit der Rüstung in Ost und West glaubhaft zu machen. Eigene Aggressivität erzeugt eigene Angst, aus Angst vor dem Anderen wird die Rüstung immer wahnsinniger, ungeheurerlicher und immer gefährlicher für alle Menschen. Mit den immer furchtbarer werdenden modernen Waffen sind wir längst in der Lage, alles Leben auf dieser Erde ohne besondere weitere Anstrengung auszulöschen...“.

Anna Starke (1905 - 1993) war Sozialarbeiterin, bis zum NS-Faschismus Kommunistin, danach weiter Friedensaktivistin, Antifaschistin, NS-Verfolgte und „einfache“ Lindauerin.

Nach dem 2. Weltkrieg betrieb Sie den noch immer ungeliebten Lebensmittelladen ihrer Eltern zunächst weiter, wiederum verbunden mit Liebesgaben an einen großen Kreis Bedürftiger. Dazu gehörten beispielsweise 1946 Kindergeschenke für die Weihnachtsfeier der örtlichen kommunistischen Partei. Ihre Privatbibliothek wuchs in diesen Jahren zu einer der größten in der Stadt an, verbunden mit einem stetigen Ausleihen der gebundenen Schätze.

Der wiedergegründeten KPD trat sie nicht mehr bei. Die stalinistischen Entstellungen ihres ursprünglichen kommunistischen Ideals hielten sie davor zurück.

Doch hielt sie weiterhin Kontakt zur westdeutschen politischen Linken und war in der bleiernen Zeit der Adenauer-Ära örtliche Beauftragte der „Westdeutschen Frauen-Friedens-Bewegung“ WFF in Lindau. In dieser Eigenschaft organisierte sie 1956 beispielsweise auch im benachbarten Friedrichshafen eine Veranstaltung der Zeitschrift „Frau und Frieden“. Im Jahr darauf sprach die WFF-Bundesvorsitzende, Prof. Dr. Klara-Marie Faßbinder in Lindau, „Bahnhofterrassensaal“. Diese Aktivitäten sowie Kontakte zum Friedensrat der DDR führten zur Einleitung eines politi-

schen Strafverfahrens gegen sie, das im November 1959 vom Generalbundesanwalt glücklicherweise wieder eingestellt wurde.

Im Frauenring Lindau engagiert, berichtete sie dort über die Tagung „Im Dienste des Friedens“, ebenso, wie ihre Freundin Ortrud Davidson über deren „Eindrücke bei einem Besuch in der Ostzone“, und dies bereits ein Jahr nach dem erneuten, nun westdeutschen Verbot der Kommunistischen Partei KPD von 1956.

Ihre Freundschaft mit der ledigen „jüdischen“ Lindauerin und der ebenfalls ehelosen, selbstbewussten und nonkonformistischen Hebamme Elisabeth Wolfart ermöglichte es ihr, den moralischen Muff jener Jahre auszuhalten.

Allerdings lenkte dies ihr Aufmerksamkeit auch wieder auf andere alte Interessen. Sie besuchte möglichst alle wichtigen Kunstausstellungen in Süddeutschland und der Schweiz, korrespondierte mit Schauspielern und Literaten. Nicht nur die österreichische Friedensgesellschaft und Lindaus Tierschutzverein erhielten Spenden und Mitgliedsbeiträge. Die Mitwirkung in den Filmen „Daheim sterben d'Leit“ und „Frauen im Dienst der Menschlichkeit“ des Westallgäuer Filmteams Leo Hiemer und Klaus Gietinger verhalfen ihr, nebst einer verschmitzten Freude an der Schauspielerei, vor ihrem Todesjahr 1993 noch zu einer Medienöffentlichkeit, welche sie nie gesucht hatte. Weitgehend ohne Unterstützung durch öffentliche Ämter und Posten, abgesehen beispielsweise von dem einer Kassiererin bei Volkshochschul-Veranstaltungen, war sie, ähnlich vielen anderen Frauen, über Jahrzehnte hinweg wegen ihrer Eigensinnigkeit und Hilfsbereitschaft für viele Menschen wichtig geworden.

## » Geh zum Bund und mach Radau oder werde KDV «

Die Biberacher APO-Zeitung VENCEREMOS brachte in ihrer Ausgabe Nr. 3 von 1969 zum Ausdruck, was ein rasch wachsender Teil der männlichen Jugend seit der Revolte der Studierenden, Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrlinge seit den späten 1960er-Jahren dachte: In der Bundeswehr selbst antimilitaristisch wirken oder den Militärdienst grundsätzlich verweigern. Zu Letzterem bot das Grundgesetz der BRD in Artikel 4 als eine wichtige Lehre aus der Zeit des NS-Faschismus seit seiner Inkraftsetzung 1949 die gesetzliche Grundlage: „Niemand darf gegen



*Der Mittelteil „Westmanns Ende“ des Triptychons „Der unbekannt Soldat“ des Meersburger Malers Erich Geiseler (1901-1983). Dessen öffentliche Präsentation im Juni 1954 in Lindau wurde vom damaligen Kulturamtsleiter verbindert (Repro: Schuetzer).*

sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Die Zahl der den Kriegsdienst verweigernden Jugendlichen stieg damals fast kontinuierlich an. Auch diejenigen KDV's, welche nach bestandener „Gewissensprüfung“ als ZDL einen Zivildienst leisteten, begannen sich nun stärker zu politisieren und selbst zu organisieren. Schon 1972 kam es im Körperbehindertenzentrum Oberschwaben KBZO beinahe zu einem ersten ZDL-Streik. Es blieb aber vorerst beim Verteilen von Flugblättern gegen die fortlaufende Umgestaltung des Zivildienstes in einen erneuten Arbeitsdienst und gegen die Bundeswehr.

1972/73 bildeten die ZDL des KBZO eine erste Selbstorganisationsgruppe SODZDL. Davon existierten 1975 bereits 52 in der Region Oberschwaben, Bodensee, Allgäu. 1973 wurde dann im ersten Ravensburger Jugendzentrum auch eine Ortsgruppe des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer KDV gegründet, ebenso in Friedrichshafen. Die Friedrichshafener KDV-Gruppe wandte sich bereits 1973 mit einem Flugblatt gegen die Anwesenheit der Bundeswehr-Werbeabteilung auf der Interboot-Messe in Friedrichshafen. Darin stand u.a.:

„Die massiven Einflüsse des Militärs auf unsere Gesellschaft werden immer bedrohlicher, die Beschneidung der demokratischen Freiheiten immer offensichtlicher und die Entrechtung auf allen Gebieten immer unerträglicher.

Seit der Restauration des westdeutschen Kapitalismus und der Wiederbewaffnung der BRD wird mit allen Mitteln versucht, dem Volk den Militarismus schmackhaft zu machen. Jugendoffiziere, Kasernenbesuche („Tag der offenen Tür“), Wehrkunde in den Schulen, Preisausschreiben und Berufswerbung, Bundeswehrhochschulen und auch Wanderausstellungen von Heer, Luftwaffe und Marine sind Teile eines systematischen Programms zur Manipulation der Öffentlichkeit.

Genau diese Zielsetzung hat die Ausstellung der Luftwaffe auf der ‚Interboot `73‘ vom 29. September – 10. Oktober! Mit der Faszination der Technik, mit beeindruckenden Daten, verlockenden Berufskarrieren und unterschweligen Werbetricks soll über den wahren Charakter der Bundeswehr hinweggetäuscht werden! ‚Machen wir uns doch nichts vor, die Bundeswehr ist ein Machtfaktor; sollte es einmal von links putschen, dann sind wir da, ob mit oder ohne Notstandsgesetze.‘ (Ein Bundeswehrhauptmann in einem Interview in der ZEIT).

Die Bundeswehr - ein Bürgerkriegsarmee:

Falls die Arbeiterschaft zur Durchsetzung von wirtschaftlichen und politischen Forderungen Kampfformen ergreifen würde, wie sie in den spontanen Streiks praktiziert wurden, so könnten Polizei, Bundesgrenzschutz und schließlich auch die Bundeswehr zur Erhaltung der Herrschaftsverhältnisse eingesetzt werden:

...denn heute schon übt die Bundeswehr gemeinsam mit den Werkschutzeinheiten der Großkonzerne die Zerschlagung von politischen und wirtschaftlichen Streiks (z.B. 1969 bei Klöckner-Humboldt-Deutz; Fallex 66 bei VW in Wolfsburg, verschiedene Übungen der Heeresoffizierschulen in Hannover, Hamburg und München etc.).

... Ebenfalls wurde der Panzer ‚Marder‘ von der Industrie als bürgerkriegsgerechter Panzer angeboten, mit dem die Bundeswehr seit 1972 ausgerüstet ist.

Die Bundeswehr als Erziehungsinstrument:

Die Bundeswehr dient ebenfalls als Instrument zur Unterdrückung breiter gesellschaftlicher Schichten. Durch die Eingliederung eines Teils des Volkes in militärische Verbände und die Hindurchführung der Jugend durch die Militärzeit ist ein sehr wirksames Mittel gegeben, auf legalem Wege unbedingten Gehorsam und kritiklose Staatsgläubigkeit zu lehren. Die ideologische Beeinflussung geht so weit, dass sich die Unternehmer positiv über die Erziehungsleistung der Bundeswehr äußern, da gediente Jugendliche anpassungsfähiger, d.h. ausbeutungsbereiter im Betrieb arbeiten als nichtgediente Jahrgangskameraden!

Die Erziehung durch die Bundeswehr unterdrückt die Kritikbereitschaft und führt zur Bejahung der bestehenden Verhältnisse...“.

In Konstanz bauten Teile der neuen antimilitaristischen Kräfte und der politischen Neuen Linken auch Kontakte zu den dort stationierten französischen Soldaten auf. Innerhalb der französischen Armee existierte damals eine Soldatenbewegung u.a. für demokratische Reformen innerhalb des Militärs. Die Konstanzer Basisgruppe der westdeutschen „Gruppe Internationaler Marxisten“ GIM war u.a. in der Solidaritätsarbeit mit diesen Soldaten aktiv, versteckte vereinzelt desertierende Soldaten und schrieb zu den Kämpfen französischer Soldaten in einem ihrer Flugblätter vom Dezember 1974:

„Was tun gegen die Repression in den Kasernen. Der Soldat Bernhard Joliot – Klosterkaserne Konstanz – sitzt für 30 Tage unter Arrest, weil er nach der offiziellen Begründung eine kollektive Petition in die Kaserne eingeführt und dort weitergeleitet haben soll.

In der Tat zirkuliert seit Monaten in allen französischen Kasernen ein Aufruf, der schon von mehr als 4.000 Soldaten unterschrieben wurde und der elementare demokratische Rechte fordert, die langfristig verhindern sollen, dass die französische Armee ohne weiteres von der Regierung als Streikbrecher oder Ruhestifter gegen den ‚inneren Feind‘ eingesetzt wird.

Unter den Forderungen dieses Aufrufes steht u.a.:

- Abschaffung der Einberufung außerhalb der Grenzen;
- Rede- und Informationsfreiheit in der Kaserne (bis jetzt waren zahlreiche Zeitungen verboten und sind es z.T. immer noch);
- Abschaffung der Militärgerichte und des militärischen Sicherheitsdienstes.

Dieser Sicherheitsdienst hat die Verhaftung von B. Joliot für 30 Tage beschlossen, nachdem er die 145 Soldaten, die hier in den beiden Konstanzer Kasernen den Aufruf („appel des cent“) unterschrieben hatten, einzeln verhört hatte ...

Freiheit für den Soldaten B. Joliot...“.

## » Ostermarsch statt Osterhase «

Zu den großen europäischen Impulsen gegen Militarismus und Kriegsgefahren entwickelten sich seit den 1960er-Jahren die Ostermärsche. Vera Hemm, langjährige Friedensaktivistin, Gewerkschafterin und Kommunistin aus Konstanz, erinnerte sich in ihren Memoiren an die Anfänge:

Beginn der Konstanzer Ostermarschaktivitäten mit dem „Hiroshima-Gedenktag“ der Ortsgruppe der Deutschen Friedensunion DFU am 14. August 1964 am Schnetztor, rechts Vera Hemm, daneben Hans Wunderlich (Sammlung Vera Hemm).



„Anfang der sechziger Jahre hörte ich bereits etwas von dieser aus England stammenden neuen Bewegung und interessierte mich dafür. Ihre Ziele, Frieden und Abrüstung, gegen Atomwaffen in Ost und West, konnte ich unterstützen. Deutsche Friedensunion DFU und Ostermarsch, das widersprach sich gegenseitig nicht. Ein Flugblatt der ‚Kampagne für Abrüstung‘ von 1963 stellte das damalige Kuratorium mit vielen Prominenten der Bundesrepublik vor, was mich sehr beeindruckte.

Mein erster Ostermarsch war am Ostermontag 1963 in Freiburg. Eine Reihe bekannter Personen aus der Region hatte durch ein großes Inserat im ‚Südkurier‘ vom 9. April 1963 dazu aufgerufen. Meine Mutter und ich wollten unbedingt dabei sein, mein Vater, bereits gesundheitlich angeschlagen, sah davon ab (...)

In Konstanz begann unser Ostermarschengagement mit dem ‚Hiroshima-Gedenktag‘, an dem wir zu den Atombombenabwürfen von 1945 einen Informationsstand machen wollten. Da wir keine Übung hatten, fuhren wir vorher nach Freiburg zu den dortigen Freunden, um zu sehen, wie ‚so was‘ abläuft. So ‚geschult‘ trauten wir uns im Sommer 1964 erstmals ans Konstanzer Schnetztor (Tor an der ehemaligen Stadtmauer), natürlich mit vorheriger Anmeldung bzw. städtischer Genehmigung, und erinnerten an Hiroshima und Nagasaki. Immer wieder blieben Leute vor unseren Informationstafeln stehen und ließen sich auf Diskussionen ein. Nachdem der Anfang gelungen war, wagten wir uns noch so manches Mal mit Info-Ständen ans Schnetztor oder auf andere geeignete Plätze in der Stadt. Mit der Zeit wandten sich auch andere Gruppierungen mit Ständen an die Öffentlichkeit. Heute ist das kein besonderes Phänomen mehr, aber 1964, das gebe ich zu, fühlte ich mich schon etwas komisch bei einem solchen Auftritt.



## Aufruf



### zur Teilnahme am OSTERMARSCH der Atomwaffengegner

**Im Zeichen weltumspannender Zusammenarbeit und frei von parteipolitischen Bindungen ruft die Ostermarschbewegung der Atomwaffengegner zur Teilnahme am Ostermarsch 1965 auf.**

**Ihr Ziel ist geblieben: Abschaffung aller Atomwaffen in West und Ost, Mitteleuropa atomwaffenfrei und militärisch entspannt.**

Der Plan eines Atomminengürtels mitten durch Deutschland beweist, wie gefährlich die Situation jetzt schon geworden ist. Die Gefahr des Unterganges unseres Volkes und der gesamten Menschheit steht dröhend vor uns. Die Erhaltung des Weltfriedens wird uns fragwürdiger, je größer die Zahl der Staaten wird, die atomare Vernichtungswaffen besitzen.

**Es ist keine Zeit mehr, von Frieden und Sicherheit nur zu reden, es gilt, für Frieden und Sicherheit zu handeln!**

Wollen wir der Stimme der Vernunft und des Gewissens folgen, uns für eine Welt ohne Atomwaffen einzusetzen oder wollen wir unschuldig werden am drohenden Völkermord und Genozidmord?

Der Präsident der USA, L. B. Johnson, hat darauf hingewiesen, daß politische Vereinbarungen wie das Moskauer Atomteststoppabkommen eine Chance haben, wenn die öffentliche Meinung sich kraftvoll dafür einsetzt. Damit ist uns ein Weg gewiesen, auf dem ein jeder die Abschaffung der atomaren Vernichtungswaffen fordern kann.

**Darum bitten wir Sie um Ihre Teilnahme:**

**am Ostersonntag: Fackelzug in Konstanz.**  
Abfahrt in Singen: 18.45 Finanzamt — Herr-Jesu-Kirche.

**Abmarsch in Konstanz: 19.45 Uhr St.-Gebhard-Platz.**

**Kundgebung in Konstanz: 21 Uhr Marktstätte.**  
Redner: Pfarrer Simon, Wiss. Journalist Seeger, Friedenshelfer.

**Am Ostermontag: Marsch in Freiburg.**  
Abfahrt Konstanz: 10 Uhr St.-Gebhard-Platz.  
Abfahrt Singen: 10.30 Uhr Scheffelallee.  
**Kundgebung in Freiburg: 17 Uhr Karlsplatz.**

**Am Ostermontag:**

**Internationale Abschlußkundgebung in Basel, 13.30 Uhr Münsterplatz.** Es sprechen: Pfarrer Götthli, Regierungspräsident Wollschläger, Bundesabgeordneter Bertelot, oder wenigstens an einer der genannten Veranstaltungen.

Tragen Sie auch bitte durch eine Spende mit dazu bei, die Unkosten zu decken: Bez. Sparkasse Gottmadingen, Nr. 555.

H. Eckert, Oberlehrer, Büsingen a. Hochrhein  
Professor Otto Dix, Heimenhofen  
Werner Brütsh, Zweigstellenleiter, Hiltzingen  
Herbert Schmidt, Oberlehrer  
Eugen Aich, Steinmetzmeister, Konstanz  
Dr. med. Hans Bär, Facharzt  
Hans Friedrich Bohn, Bahnenbildner  
Marion Bracht-Galle, med. Laborantin  
Heinz Flake, Journalist  
Dr. Erika Frühwirth, Rechtsanwältin  
Dr. med. E. Fran, Facharzt  
Ernst A. Hartung, Dramaturg.  
Ewald von Hellermann, Landwirt  
Gudrun von Hellermann, Dolmetscherin  
Dr. Winfried A. Jauch, Frauenarzt, Mitgl. d. Dtsch. Lebensschutzbundes  
Otto Just, Pfarrer i. R.  
Ingeborg Freifrau Kress von Kressenstein  
Hannes Krüger, Übersetzer  
Boris Macken, Schauspieler  
Johannes Menge, Journalist  
Klaus Mone, stud. theol.  
Ursula Rieck, Schauspielerin  
C. Max Parlans Schlichter, vereid. Dolmetscherin  
Walter Seell, Rektor  
Christoph Thorbecke, Buchhändler  
Jan Peter Thorbecke, Verlagsvolantier  
Karl-Heinz Ullmann, Schauspieler  
Professor Dr. H. M. Venedy, Oberstudien-  
direktor  
Heinz Weidenfeld, Kaufmann  
Dr. Kurt Welsch, Chefarzt d. Städt. Frauen-  
klinik  
Dr. med. Peter Huck, Singen  
Walter Müller, kaufm. Angestellter  
Theo Odenwald, Pfarrer  
Eugen Rückhaberle, Präsident d. Südb. Box-  
sportverbandes  
Werner Schrott, Textilkaufmann  
Ruth Weiler, Kaufm. Angestellte  
Dr. med. Lilly Walther, Frauenärztin, Ober-  
hingen

Aufruf zum ersten Konstanzer Ostermarsch 1965 (Sammlung Vera Hemm).

In den folgenden Jahren war ich recht aktiv in der Konstanzer Ostermarschbewegung. An den Ostertagen gestattete ich mir jahrelang kein anderes Programm als den Ostermarsch, samstags in Konstanz, anderntags dann im ‚Ländle‘.

Der Ostermarsch war für mich ganz wichtig. Ich wollte mich engagieren gegen Atomwaffen und Krieg. Und wie mir ging es vielen. Mit der Zeit entwickelte sich ein breites Bündnis von Menschen

unterschiedlichster Herkunft. Von Pastoren bis zu Hausfrauen. In Konstanz hatten wir mit Otto Just, Pfarrer a. D., einen sehr rührigen Vorsitzenden, der immer wieder neue Ideen einbrachte, sowie eine Reihe mithelfender Menschen, so dass in Konstanz jahrelang Ostermärsche durchgeführt werden konnten. Der regionale Ostermarschausschuss tagte relativ oft, das ist mir gut im Gedächtnis (...)

Als Beispiel unserer Osteraktivitäten sei die aus dem Jahr 1965 stammende Anzeige mit dem Ostermarschaufruf einschließlich Programm vorgestellt: Samstags Fackelzug in Konstanz, anschließend Kundgebung, am Sonntag Marsch in Freiburg, am Montag internationale Abschlusskundgebung in Basel. Über 30 Personen aus der Region unterzeichneten. Prominentester: der Kunstmaler Professor Otto Dix aus Hemmenhofen...“.

Die Ostermarschbewegung wurde ab den 1980er-Jahren auch ein wichtiger Kristallisationspunkt der Bewegung gegen die NATO-Rüstung mit neuen ferngelenkten atomaren Mittelstreckenraketen gegen den Warschauer Pakt in Osteuropa. Am ersten oberschwäbischen Ostermarsch von Weingarten nach Ravensburg am 18. April 1981 unter dem Motto „Der Atomtod bedroht und alle! Keine Atomraketen in Europa!“

beteiligten sich rund 300 Menschen. Am ersten Ostermarsch im Rüstungszentrum Friedrichshafen im Jahre 1984 beteiligten sich rund 500 Menschen.

Im dreißigsten Jahr der internationalen Ostermarschbewegung organisierte ein breites Bündnis aus Vorarlberg, der Schweiz und Deutschland, die „Koordinierungsgruppe Bodensee-Ostermarsch“, 1988 den ersten Internationalen Bodensee-Ostermarsch in Bregenz. Veranstalter war die 1981 als Reaktion auf den NATO-Doppelbeschluss entstandene überparteiliche „Unabhängige Friedensinitiative Vorarlberg UFI“. Christliche, sozialdemokratische, kommunistische, anarchis-



Aufruf zum ersten Oberschwäbischen Ostermarsch von Weingarten nach Ravensburg im Jahre 1981 (Sammlung Schweizer).



Der erste Ostermarsch in Friedrichshafen im Jahre 1984 mit rund 500 Teilnehmenden (Foto: Sammlung Schweizer).

tische, „grüne“, ökologische und Tausende anderer Menschen aus der Region beteiligten sich. Marschgruppen aus der Schweiz, Vorarlberg mit Lichtenstein und aus der BRD trafen sich an diesem Karfreitag zur gemeinsamen Demonstration in Bregenz und pflanzten am Bodenseeufer eine Friedenslinde. Der Lindauer Aufruf zu diesem Ereignis lautete wie folgt:

„In diesem Jahr soll erstmals damit begonnen werden, Atomraketen zu verschrotten. Millionen Menschen in vielen Ländern haben durch ihr Handeln in der Friedensbewegung zu diesem Abrüstungserfolg beigetragen. Lange hat es gedauert ...

Die Parole des 1. Ostermarsches 1958 in London hieß 'Kampf dem Atomtod'. Damals ging es darum, der Öffentlichkeit deutlich zu machen: Wissenschaft und Politik sind keine Spezialangelegenheiten besonders interessierter Gruppen und dürfen ihnen nicht zur freien Verfügung überlassen werden, denn sie zeitigen Folgen und schaffen Verhältnisse, die von unzähligen Menschen erlitten und ertragen werden müssen' (Martin Niemöller).

Diese Mahnung wurde von den meisten Menschen jahrelang nicht ernst genommen. Heute holen uns die Folgen ein, sind Verhältnisse geschaffen, die nur noch schwer rückgängig zu machen sind, wenn überhaupt.

Berichte über das wachsende Ozonloch über der Arktis, über Waldsterben und die Verseuchung der Meere durch Industriemüll, über die möglichen Folgen der Lagerung von Chemiewaffen in der Bundesrepublik sind schon fast alltäglich geworden.

Es sind inzwischen so viele Atomwaffen aufgestellt worden, dass die Erde vielfach vernichtet werden kann. Der Hanauer Atomüllskandal zeigt die Sackgasse, in die wir durch den sorglosen Ausbau der Kernenergie geraten sind. Wohin mit dem Atomüll? Wie verhindern, dass anfallen-

Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert, aber nicht unser Denken.  
Wir brauchen eine wesentlich neue Denkart, wenn die Menschheit am Leben bleiben soll.  
(Albert Einstein)

**1. INTERNATIONALER BODENSEE-OSTERMARSCH**

Samstag, 2. April 1988, Bregenz

Wir denken und handeln über Grenzen hinweg, denn:  
**DIE BEDROHUNG IST GRENZENLOS  
DER FRIEDE IST UNTEILBAR**

Unser Widerstand wächst zusammen  
— gegen den Wahnsinn des Wettrüstens  
— für weitgehende, ersatzlose Abrüstung  
— gegen die Zerstörung unserer Umwelt  
— gegen den Abbau von sozialen und Menschenrechten

**FRIEDEN UND UMWELT  
FÜR UNS UND UNSERE KINDER**

**PROGRAMM:**  
Bis 14 Uhr Eintreffen der Marschgruppen aus der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreich, und Liechtenstein.

14.00 Uhr: Begrüßung durch einen Vertreter der Stadt Bregenz auf dem Kornplatzmarkt  
14.30 Uhr: Marsch durch die Stadt zum Festspielhaus  
15.00 Uhr: Symbolischer Akt: Pflanzen einer Linde in "Vierländer-Erde"  
15.15 Uhr: Kurzansprachen und Kulturprogramm, parallel dazu **Kinderprogramm** in der Remise

Ansprachen: Monika Stocker (Nationalrätin der Grünen Partei, CH)  
Ursula Sparr (Frauen gegen atomare Bedrohung, A)  
Dieter Lattmann (Schiffsteller, ehem. Bundestagsabgeordneter, D)  
Hans Schulerer (Landrat Schwandorf/Wackersdorf, D)

Kultur und Musik (Jazz, Samba, Steel)

17.00 Uhr: Besinnung (Ökumenischer Gottesdienst)  
17.30 Uhr: Verpflegung: Fortsetzung des Kulturprogramms  
19.00 Uhr: Polit-Kabarett: "Hans Fässler" (CH)

Träger: "Koordinationsgruppe Bodensee-Ostermarsch A, CH, D, FL"

Aufruf zum 1. Internationalen Bodensee-Ostermarsch 1988 in Bregenz (Sammlung Schweizer).



des Plutonium zum Bau von Atombomben verwendet wird? Führende Wissenschaftler rechnen damit, dass im Jahr 2000 ungefähr 50 Staaten Atombomben besitzen werden.

Auch wenn endlich ein Abrüstungsabkommen vereinbart wurde, werden bereits in manchen Militär- und Regierungskreisen Maßnahmen geplant und eingeleitet, die dieses Abkommen untergraben sollen. Beispiele dafür sind die verstärkte konventionelle Aufrüstung und die deutsch-französische Zusammenarbeit im Militärbereich.

Immer noch teurere Waffensysteme sollen entwickelt werden, anstatt das durch einen Abrüstungsprozess freiwerdende Geld für die Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit und die wachsende Armut in der ‚Dritten Welt‘ einzusetzen.



*Im Juli 1982 erreichten Bunte Liste, Friedensinitiative und SPD in Lindau, dass der Stadtrat einstimmig beschloss, keine Maßnahmen zu unterstützen, welche den Transport und die Lagerung von Atomwaffen in Lindau dienen könnten. Im Oktober 1984 beschloss der Gemeinderat von Konstanz auf Initiative von SPD, GRÜNEN und Friedensinitiative „...keine Maßnahmen zuzulassen oder zu unterstützen, die der Stationierung, der Lagerung oder der Herstellung von atomaren, chemischen oder biologischen Waffen im Gebiet der Stadt Konstanz dienen.“ (Sammlung Schweizer).*

Gleichzeitig gibt es immer mehr Menschen, die die Erhaltung unserer Lebensgrundlage zu ihrer Sache gemacht haben. Schließen Sie sich an!“

Jährlich wechselten sich nun die örtlichen Bündnisse rund um den Bodensee darin ab, innerhalb der regionalen Koordination jeweils vor Ort diesen Internationalen Bodensee-Ostermarsch zu veranstalten. Nach 1988 in Bregenz folgte 1989 jener in Konstanz, 1990 in Arbon, 1991 in Lindau, 1992 erneut in Bregenz, 1993 in Überlingen und 1994 der von Rorschach nach Heiden. 1995 in Bregenz fiel diese Ostermarschdemonstration erstmals mangels massenhaftem Zuspruch aus. Dafür fand im dortigen Jugendzentrum „Between“ eine Diskussion über die künftige Fortführung der Bodensee-Ostermärsche statt, verbunden mit einem „Markt der 1000 Möglichkeiten aus der Friedensarbeit“ und einem Jazz-Konzert. Im Jahre 1996 veranstalteten christliche Gruppen unter der Motto „Christen unterwegs“ eine Wanderung von Laimnau im Argental nach Mellatz im Westallgäu.

Im Jahre 2000, nach dem NATO-Krieg gegen den Reststaat Serbien-Jugoslawien, fand in Überlingen der neunte Internationale Bodensee-Ostermarsch statt. Dem folgte 2001 der zehnte in Lindau, 2002 jener in Bregenz und 2003 der von Kreuzlingen nach Konstanz. Im Jahre 2004 fand er letztmals in diesem Zyklus mit rund 450 Menschen in Rorschach statt. Der für das Jahr 2005 in Friedrichshafen geplante fiel wegen Arbeitsüberlastung der dortigen Friedensaktivisten aus. Ostermarschiererinnen und Marschierer beteiligten sich nun beispielsweise 2006 in Ulm oder in anderen Städten an den Demonstrationen.

Im Jahr 2010 erfolgte der erneute Impuls zum inzwischen dritten Intervall dieser internationalen Bodensee-Friedensdemonstrationen aus hauptsächlich christlichen Kleingruppen der Ostschweiz heraus, die den nun zum Friedensweg umbenannten Bodensee-Ostermarsch erstmals im Appenzeller Vorland durchführten. Dem folgte 2012 der Friedensweg Bodensee in Arbon und Friedrichshafen.

2013 fand er in Konstanz statt und für 2014, dem 100. Jahrestag des Lostretens des 1. Weltkrieges und des 75. Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges ist er in Lindau geplant. Neben den grundsätzlichen Forderungen nach einer friedlichen Politik, ohne Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und Atomwaffen, prägten auch jeweilige aktuelle Themen die Ostermarschauftreue. So schrieb beispielsweise der in Hard/Vorarlberg am Bodensee geborene Schriftsteller Michael Köhlmeier in seinem Beitrag im Begleitheft „Aber Frieden ist das keiner“ zum Bregenzer Ostermarsch von 1988 u.a.:

„Als meine Tochter im Letzten Jahr wieder im Sandkasten gespielt hat, hat sie gefragt, ob da immer noch Tschernobyl drin sei, und ich habe darüber gestaunt, dass sie das Wort behalten hat, weil ich bereits verdrängt habe, dass vor einem Jahr in unserem Haus ununterbrochen von Tschernobyl geredet worden war, dass wir keine Nachrichten versäumt hatten, dass sie dieses Wort was weiß ich wie oft gehört haben muss und dass es absolut kein Wunder ist, wenn sie sich nach einem Jahr noch daran erinnert. Jetzt zeigt sich, dass die Waffen gar nicht eigentlich zum Kriegführen da sind, sondern zum Geschäfte machen. Man solle die Waffenexportgesetze in Österreich lockern, sagte neulich ein blauer Parlamentarier namens Krünes, sonst komme

es vor, dass ausländische Kräfte inländischen Randgruppen Tipps geben, die dann diese inländischen Randgruppen in unverantwortlicher Weise ausnützen. Da hat doch jemand den Grünen verratscht, dass illegal Waffen aus Österreich geschmuggelt werden! Und wie verantwortlich von den Grünen, dagegen mit dem Gesetz vorgehen zu wollen!

Aber Herr Krünes ist ein ehrenwerter Mann! Wer kann in einem Staat, dessen Oberhaupt sich nicht einmal an sich selbst erinnert, einem einfachen Parlamentarier vorwerfen, dass er sich nicht an die Gesetze erinnert, die auf jenen Bänken beschlossen wurden, die innezuhaben Immunität und gutes Gehalt bedeutet!...“.

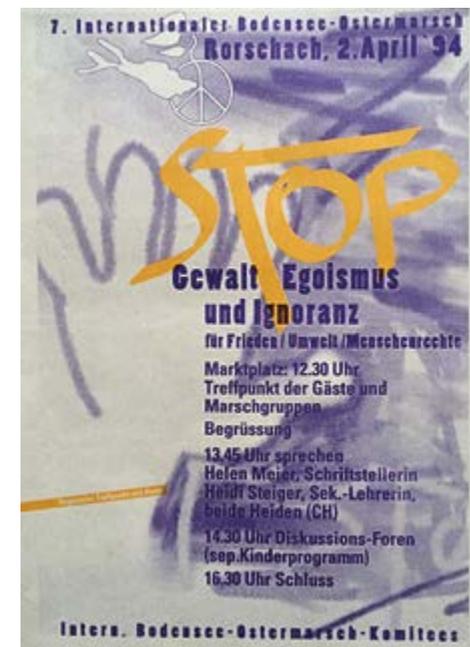
Die Spitze des Demonstrationzugs des 6. Internationalen Bodensee-Ostermarsches 1993 in Überlingen (Foto: Schweizer).



Aber Herr Krünes ist ein ehrenwerter Mann! Wer kann in einem Staat, dessen Oberhaupt sich nicht einmal an sich selbst erinnert, einem einfachen Parlamentarier vorwerfen, dass er sich nicht an die Gesetze erinnert, die auf jenen Bänken beschlossen wurden, die innezuhaben Immunität und gutes Gehalt bedeutet!...“.

Aber Herr Krünes ist ein ehrenwerter Mann! Wer kann in einem Staat, dessen Oberhaupt sich nicht einmal an sich selbst erinnert, einem einfachen Parlamentarier vorwerfen, dass er sich nicht an die Gesetze erinnert, die auf jenen Bänken beschlossen wurden, die innezuhaben Immunität und gutes Gehalt bedeutet!...“.

Aufruf zum 7. Internationalen Bodensee-Ostermarsch 1994 in Rorschach (Sammlung Schweizer).





Die Spitze des süddeutschen Demonstrationzugs beim 1. Internationalen Bodensee-Ostermarsche 1988 von Lindau nach Bregenz (Foto: Schweizer).

Beim Internationalen Bodensee-Ostermarsch 1990 in Arbon wurde der vorhersehbare Anschluss der bisherigen DDR an die BRD bereits im Aufruf thematisiert: „Jetzt abrüsten – Wann denn sonst? Die Vereinigung beider deutscher Staaten ist beschlossene Sache, heute steht die Frage, unter welchen Bedingungen sie stattfinden wird. Radikale Abrüstung muss nationaler Einheit vorangehen! (...) Wer von Wiedervereinigung redet und gleichzeitig Raketen und Panzer gegen unsere Nachbarn aufstellt, darf nicht regieren, darf nicht gewählt werden! Zu den aktuellen Ost-West-Themen, vor allem BRD-DDR, wollen wir beim Ostermarsch eine offene Diskussion führen. Daran werden auch Gäste aus der DDR teilnehmen (...) Wir treten ein für eine vollständige Entmilitarisierung und die Auflösung beider Militärblöcke!“

Beim vom Schweizer Komitee veranstalteten Ostermarsch 1990 in Arbon sprach Hans A. Pestalozzi u.a. über die geplante zweite Volksabstimmung Schweiz ohne Armee. Die überparteiliche „Gruppe Schweiz ohne Armee“ GSoA entstand 1981/82 aus einer Idee von Baseler Jungsozialisten (Jusos) heraus, die Schweizer Armee über eine Volksabstimmung abzuschaffen und die Schweiz selbst auf eine umfassende Friedenspolitik festzulegen. Bei der ersten GSoA-Volksabstimmung stimmten 35,9% der Abstimmenden der Schweiz für diese Gesetzesvorlage. Die Volksabstimmung im Jahre 1993 gegen die Neuanschaffung von 35 Kampfflugzeugen für die Schweizer Luftwaffe erbrachte 42,9% für diese Initiative. Im Januar 2014 erreichten GSoA und weitere linke Parteien und Initiativen der Schweiz ein aktuell noch ausstehendes Referendum gegen die Anschaffung neuer Kampfjets vom Typ Saab 39.

Der von der Friedensinitiative Überlingen-Stockach organisierte Bodensee-Ostermarsch im Jahre 2000 in Überlingen setzte sich u.a. mit der Tatsache auseinander, dass durch die Kriegsbeteiligung deutscher Soldaten im Jahre 1999 gegen Serbien-Jugoslawien auf Anweisung der ersten von der SPD und den GRÜNEN gebildeten deutschen Bundesregierung zwei bisher wichtige Stützen der bundesdeutschen Friedensbewegung von ihren Spitzen her ins gegnerische Lager der Kriege schürenden und führenden NATO gewechselt waren, die alte Sozialdemokratie erneut und die noch jungen GRÜNEN erstmals. Der in Ravensburg-Weißenau aufgewachsene PDS-Bundestagsabgeordnete, Marxist, Chefredakteur sowie Mitherausgeber der „Zeitung gegen den Krieg“ und frühere APO-Aktivist Dr. Winfried Wolf erläuterte dies auf der Grundlage des folgenden Überlinger Ostermarschaufrufes: „Gegen den Missbrauch der Menschenrechte durch die NATO. Nach dem Fall der Mauer hatten viele gehofft, dass mit der Beendigung des Kalten Krieges ein dauerhafter Frieden möglich wäre. Viele hatten gehofft, dass Militärbündnisse und Rüstungswettlauf der Vergangenheit angehörten. Ideen, Arbeitskraft, Geld und Ressourcen hätten dann für Sinnvolles wie z.B. soziale Sicherheit und gewaltfreie Sicherung des Friedens genutzt werden können.

Solche Hoffnungen haben sich als trügerisch und naiv erwiesen. Die Bilanz nach zehn Jahren ist erbärmlich. Die Rolle der UNO ist bis zur Unkenntlichkeit geschwächt. Die NATO agiert ohne UNO-Mandat und wird künftig überall in Konflikte eingreifen.

Sie wird sich mit militärischer Gewalt weltweit Zugang zu Ressourcen sichern und behält sich heute ausdrücklich den atomaren Erstschatz vor. Um die internationale öffentliche Meinung für sich einzunehmen, versucht die NATO, ihre Kriege damit zu rechtfertigen, dass sie in den jeweiligen Ländern angeblich die Menschenrechte verteidigen will. Am Beispiel des Kosovo-Kon-



Einladung zu einer Veranstaltung der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen DFG-VK Oberschwaben, der Friedensinitiative Überlingen und der Pax-Christi-Gruppe Ravensburg zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über Antikriegsarbeit in Israel im April 2002 in Friedrichshafen (Sammlung Schweizer).



Auftaktveranstaltung beim 13. Internationalen Bodensee-Ostermarsch 2004 in Rorschach (Foto: Schweizer).

flikt wird wieder einmal deutlich, dass durch militärisches Eingreifen Menschenrechte weder geschützt noch wiederhergestellt werden können. Zu dieser neu definierten Kriegslogik sagen wir NEIN!

Deshalb treten wir mit dem Internationalen Bodensee-Ostermarsch 2000 ein für: Die Stärkung einer reformierten, unabhängigen UNO; die Abschaffung von Rüstung und Militär; die gewaltfreie Lösung von Konflikten; eine Politik, die tatsächlich für die Menschenrechte und die Menschenwürde eintritt.“

Der vom Schweizer Friedensrat und dem Schweizer Bodensee-Ostermarsch-Komitee organisierte 13. Internationale Bodensee-Ostermarsch im Jahre 2004 in Rorschach stand unter dem Motto „Frieden ist möglich – Internationale Solidarität für eine gerechte Welt (...) Ab 14.00 Uhr wird an den Rorschacher Brief ‚Wir sind auf Höchste empört!‘ erinnert, die dringliche Aufgabe der menschenwürdigen Integration von Menschen verschiedenster Herkunft in den modernen Gesellschaften eingefordert und an regionale Beispiele der grenzüberschreitenden Solidarität erinnert. Den weltpolitischen Hintergrund bilden die Ablehnung der Besatzungsarmeen im Irak, die blühenden Drogengeschäfte im von westlichen Truppen mit kontrollierten Afghanistan der Gegenwart und der Teil des vorgelegten EU-Verfassungsentwurfes, der eine Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedsländer enthält...“.

## » Rüstung tötet, auch im Frieden «

Seit den Jahren vor und während des 1. Weltkrieges 1914 -1918, erneut ab der politischen Machtübergabe an den NS-Faschismus in Deutschland im Jahre 1933 und ein drittes Mal seit 1955, ketten einige Unternehmer der Bodenseeregion Tausende von Arbeitsplätzen an die Produktion von Waffenteilen, militärischen Systemen und Ausrüstungen oder kompletten Waffen. Dies ist seit Jahrzehnten ein Stachel in den Augen jener Bevölkerungsteile, welche Militarismus, Waffenproduktion und Waffenhandel sowie das Führen von Kriegen als menschenfeindlich verurteilten und bekämpfen.

Im März 1981 widmete sich das Sonderheft „Antimilitarismus“ der 14tägigen Alternativzeitschrift „Motzer“ aus Bad Schussenried und Ravensburg, im April 1981 die Überlinger Alternativzeitschrift „Schelle“ mit einem Themenschwerpunkt u.a. diesem Merkmal der Bodenseeregion. Innerhalb der westdeutschen Industriegewerkschaft Metall erarbeiteten in den 1980er-Jahren Kolleginnen und Kollegen in Rüstungskonversions-Arbeitskreisen Vorschläge, wie diese lebensfeindliche Produktion vollständig in eine zivile umgewandelt werden könnte. Manfred Dietenberger, ehemaliger Metallarbeiter der Zahnradfabrik Friedrichshafen, später Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt in Ravensburg und danach langjähriger politisch links aktiver DGB-Kreisvorsitzender in Waldshut am Hochrhein, schrieb dazu 1991 im Jahrbuch des Bodenseekreises u.a.:

„Hier in der Rüstungsschmiede am Bodensee geht es längst nicht mehr nur um Schwerter, die wir in eine sinnvolle Verwandlung überführen müssen. Hier geht es um Kampfflugzeuge, Militärhubschrauber, Motoren und Getriebe für Kriegsschiffe und Motoren und Getriebe für Panzer



Friedrichshafener Demonstration gegen den Krieg der von den USA angeführten Koalition gegen den Irak im Januar 1991, u.a. mit der Forderung nach Umstellung der Rüstungsproduktion am Bodensee auf rein zivile Fertigung (Foto: Schweizer).



Plakat des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB Bodensee-Oberschwaben zur Feier des Internationalen Antikriegstages 1. September im Jahre 1988, als der DGB den Antikriegstag noch regelmäßig beging und seine Spitze sich noch nicht mit der Bundeswehr arrangiert hatte (Sammlung Schweizer).

politik diesen Prozess der Rüstungskonversion einleiten – wenn sie nur wollte! (...)

Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Fähigkeiten und unser Können den langfristigen Interessen der menschlichen Gesellschaft dienen und nicht den kurzfristigen Bedürfnissen einiger weniger Konzerne und deren Profitmaximierung! (...)

*Charly Schweizer*

und Militär-LKW und Raketen. Die Rüstungsbetriebe am Bodensee stehen in der Rangliste der größten Industrieunternehmen an hervorragender Stelle, wenngleich sie auch heute schon einen Gutteil ihrer Umsätze mit zivilen Produkten machen. Dies ist ein deutlicher Beleg dafür, dass man in diesen Betrieben sehr wohl mit den gleichen Konstrukteuren und Arbeitnehmern gesellschaftlich Sinnvolles produzieren kann (...)

Wir wollen uns nicht länger nur mit dem Abfall (Teflon-Pfanne) der militärischen Produktion unser Leben verbessern. Wir wollen, dass das Wissen unserer Wissenschaftler, Techniker und Ingenieure und die hohe Qualifikation der Arbeitnehmer von Anfang an zur Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität und nicht zu deren Zerstörung eingesetzt wird.

Da die Bundesregierung eine der wichtigsten Auftraggeber der Rüstungsindustrie ist, könnte sie durch ihre Vergabepolitik

## » Bodenseerklärung gegen Krieg und Militarismus «

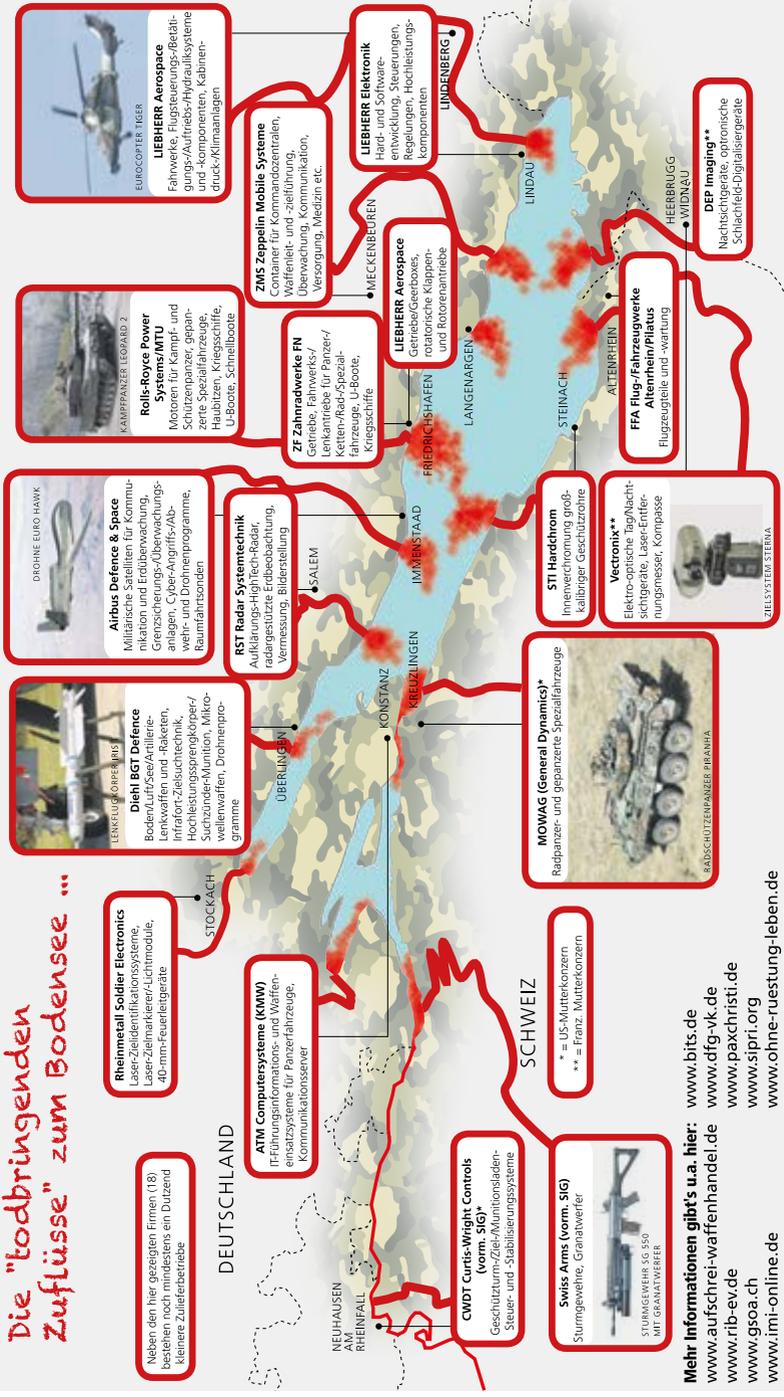
Mit der erneuten Großen Koalition im Deutschen Bundestag muss sich die Friedensbewegung auf eine weitere Veränderung der außenpolitischen Ausrichtung Deutschlands einstellen. Hatten sich bisherige Bundesregierungen, zumindest auf dem Papier, noch eine militärpolitische Zurückhaltung auferlegt, soll diese nun endgültig aufgegeben werden. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD steht dazu in eindeutigen Worten: „Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten. [...] Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden.“

Verteidigungsministerin von der Leyen (CDU) und Außenminister Steinmeier (SPD) setzen diese aggressivere Zielsetzung bereits aktiv um. Sie formulieren klar, dass von der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik keine Zurückhaltung mehr ausgehen müsse. Gemeinsam mit Bundespräsident Gauck haben sie die Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2014 als Bühne genutzt, um ihr Ziel der Ausweitung deutscher Militäreinsätze im globalen Maßstab medienwirksam kundzutun. Das Trio spricht von der „wachsenden Verantwortung der Wirtschaftsmacht Deutschland in der Welt“ und meint in Wirklichkeit doch nur die Durchsetzung deutscher Wirtschaftsinteressen in internationalen Konflikten, etwa die Kontrolle über knapper werdende natürliche Ressourcen, über Handelswege, Investitions- und Absatzgebiete.

Dafür sollen weltweit auch mehr Bundeswehrsoldaten auf mehr Kriegsschauplätze geschickt werden. Deutschland dürfe nicht „Weltabgewandtheit und Bequemlichkeit“ hinter seiner historischen Schuld verstecken, predigt Präsident Gauck und will in der Bevölkerung eine Haltung fördern, die zur Kriegsführung befähigt. Schließlich beginnen Kriegsvorbereitungen hier, im eigenen Land. Dass die deutsche Geschichte an militärischen Überfällen und Völkermord nicht arm ist, soll nur mehr als schlechte Ausrede und nicht als ernster Hinderungsgrund für neue Kriege gelten. Mit Krieg und Aufrüstung lassen sich gute Geschäfte machen. Für die Region rund um den Bodensee hat die Außen- und Militärpolitik der Regierung besondere Bedeutung. Mehr als ein Dutzend großer Rüstungsfirmen residieren hier, in den Landkreisen Lindau, Bodenseekreis und Konstanz. Die hier produzierten Militärgüter werden zwischenzeitlich in die ganze Welt geliefert. Deutschland ist der drittgrößte Rüstungsexporteur weltweit. 2012 hat die Bundesregierung sogar mehr Rüstungsexporte genehmigt als je zuvor, mit einem Gesamtvolumen von 8,87 Milliarden

# Eine etwas andere Heimatkunde:

Die "todbringenden Zuflüsse" zum Bodensee "



201401  
 U.S.d.P. Lohrer Höfler, Marktplatz 3, D-88331 Lindau  
 Grafik: U.S.d.P. Lohrer Höfler, Marktplatz 3, D-88331 Lindau  
 David Mommhaus (CC BY-SA 3.0), Wikimedia  
 Statistikportal/Grafik: Uwe Peschka, Lindau

## Rüstungsregion Bodensee

Seit dem Jahre 2010 klärt die auf christliche Kreise und attac zurückgehende Initiative gegen Waffen vom Bodensee über die Rüstungsproduktion rund um den Bodensee und deren zerstörerische Folgen auf (Bild: Waffen vom Bodensee.de).

[www.waffenvombodensee.de](http://www.waffenvombodensee.de)

Mehr Informationen gibt's u.a. hier:  
[www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)  
[www.rib-ev.de](http://www.rib-ev.de)  
[www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch)  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

SCHWEIZ  
 \* = US-Mutterkonzern  
 \*\* = franz. Mutterkonzern

**Die LINKE in Lindau, Kempten, Memmingen, Friedrichshafen, Ravensburg, Überlingen und Konstanz, Ostern 2014**



Euro. Saudi Arabien stand auf der Liste der Empfängerländer ganz oben, was verdeutlicht, dass mit deutschen Waffen Unterdrücker und Despoten unterstützt werden. Doch auch die Bundeswehr fordert neue Waffen, insbesondere die Beschaffung von Kampfdrohnen. Wenn mehr militärische Einmischung statt Zurückhaltung gefordert ist, werden diese auch eingesetzt. Gelenkt über Satelliten-Anlagen in Ramstein und Stuttgart fliegen heute schon NATO-Drohnen über unsere Köpfe, die Gegner und viele unbeteiligte Zivilisten in der Ferne töten – ohne Gerichtsurteil, ohne völkerrechtliche Grundlage und ohne dass die Öffentlichkeit davon viel erfährt. Die Zehntausenden von Ermordeten durch Killerdrohnen liegen irgendwo im unweg-samen Gelände in Afghanistan, Pakistan, Jemen und an vielen anderen Orten der Welt. Die Bundesregierung versucht hierbei ein Bild der „sauberen Kriege“ vorzutäuschen. Bilder von Toten bleiben der Bevölkerung erspart. Die Etablierung der Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung muss von der Friedensbewegung gestoppt werden. Wir müssen das Wettrüsten mit Killerrobotern aufhalten. CDU/CSU und SPD haben daran kein Interesse. Auch Bündnis 90/Die Grünen lehnen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen nicht grundsätzlich ab. Seit ihrer Regierungsbeteiligung ab 1998 haben sie aktiv daran mitgewirkt, dass es in Deutschland zur außenpolitischen Normalität wurde, sich an Weltordnungskriegen zu beteiligen. Inzwischen stimmen sie in den Chor der verstärkten Militarisierung von Gesellschaft und Politik mit ein. DIE LINKE kämpft vor Ort, Im Bundestag und im EU-Parlament an der Seite der Friedensbewegung für Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, ein Verbot von Rüstungsexporten und den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen. Wir setzen auf ein friedliches und ziviles Europa und sind gegen die Militarisierung der Außengrenzen. Wir wollen die Rüstungsindustrie in Deutschland auf zivile Produktion umbauen, so dass die Arbeit der Beschäftigten nicht im Dienste von Krieg und Zerstörung steht. Statt Milliarden für Rüstung und Militär auszugeben, sollen alternative Energien, der Verkehr mit öffentlichen kundenfreundlichen Verkehrssystemen und die solidarische öffentliche Daseinsvorsorge ausgebaut werden. DIE LINKE steht dafür, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Konflikte müssen endlich friedlich und kooperativ gelöst und die Weltwirtschaftsordnung gerecht und solidarisch neu geordnet werden – dann kommt ein Ende der Gewalt in Sicht.

## Herzlich willkommen bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen VVN-BdA!



Die VVN-BdA ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, Antifaschistinnen und Antifaschisten aller Generationen. "Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Dass dieser Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald bis heute aktuell bleiben würde, hat damals, im April 1945, niemand geahnt. Er ist unverändert gültiges Leitmotiv der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA). Dies ist kein Zufall: Die Ursprünge der VVN sind bis in die KZs und Zuchthäuser zurückzuverfolgen. Dort entwickelten eingekerkerte Hitler-Gegnerinnen und -Gegner Pläne für ein von den Nazis befreites, antifaschistisches, demokratisches und friedfertiges Deutschland, als andere noch "Sieg Heil!" schrien. Die Frauen und Männer des antifaschistischen Widerstandes, die Überlebenden der nazistischen Konzentrationslager gründeten kurz nach Ende des Krieges die VVN. Aus den unmittelbar nach der Befreiung entstandenen Häftlingskomitees und Ausschüssen "Opfer des Faschismus" bildeten sich zunächst auf regionaler Ebene die "Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes". Im März 1947 schlossen sie sich in Frankfurt am Main zum gesamtdeutschen "Rat der VVN" zusammen.



### Adresse:

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Telefon:(+49) 030-29 78 41 74, <http://www.vvn-bda.de>;

## Literaturverzeichnis:

- Bräker, Ulrich: Lebensgeschichte und natürliche Abenteuer des Armen Mannes im Tockenburg, Zürich 1789, Reclam-Ausgabe Stuttgart 1993;
- Brupbacher, Fritz: Zürich während Krieg und Landesstreik, Zürich 1928;
- Die Jugend-Internationale, Zürich 1915 – 1918, Nachdruck: Verlag neuer Kurs GmbH, Berlin/West 1972;
- Dietenberger, Manfred: Schwerter zu Pflugscharen – auch am Bodensee?, in: Leben am See – Heimatbuch des Bodenseekreises 1991, Tettnang 1991;
- Friedensmuseum Lindau: [www.friedensraeume.de](http://www.friedensraeume.de);
- Fuchs, Andreas: 1902-2002 – 100 Jahre „Sozialistische Bodensee-Internationale“ SBI – Eine Chronologie denkwürdiger Ereignisse – Festschrift, Götzis 2002;
- Grässlin, Jürgen: Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient, München 2013;
- Greussing, Kurt (Hrg.): Im Prinzip: Hoffnung – Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870 – 1946, Bregenz 1984;
- Hemm, Vera: Im Zeichen der roten Nelke – Mutter und Tochter – Zwei politisch engagierte Frauen im 20. Jahrhundert, Bonn 2002;
- Klöckler, Jürgen (Hg.): Konstanz in beiden Weltkriegen, Konstanz 2004;
- Kuhn, Elmar L.: Friedrichshafen in der Weimarer Republik, Friedrichshafen 1986;
- Der MOTZER – Leserzeitung für Oberschwaben, Sonderheft Antimilitarismus, Nr. 93, Ravensburg März 1981;
- Münzenberg, Willi: Die Dritte Front – Vom sozialdemokratischen Lehrlingsverein zur kommunistischen Jugend-Internationale – Autobiographische Aufzeichnungen, Berlin 1932, Nachdruck: Verlag Roter Stern, Frankfurt/Main 1972;
- Muther, Ekkehard/Schelling, Michael: Aber Friede ist das keiner – Begleitheft zum 1. Bodenseeostermarsch, Bregenz 1988;
- Pichler, Meinrad (Hrg.): Nachträge zur neuen Vorarlberger Landesgeschichte, Bregenz 1983;
- Die SCHELLE – Zeitung für Überlingen und Umgebung, Ausgabe Nr. 14 mit dem Schwerpunktthema Rüstungsindustrie, Überlingen April 1981;
- Schweizer, Karl: Digitales Lindauer Geschichtsbuch auf [www.edition-inseltor-lindau.de](http://www.edition-inseltor-lindau.de);
- Schweizer, Karl: Kalender 1982 – 15 Jahre Bewegung in Südschwaben 1965 – 1981, Ravensburg 1981;
- Schweizer, Karl: Arbeiter im Widerstand – Das antifaschistische Netzwerk um Stefan Lovász, Josef Steidle, Artur Göritz und Lilo Herrmann, in: Oellers, Jürgen /Stadtarchiv Friedrichshafen (Hrg.): Friedrichshafener Jahrbuch für Geschichte und Kultur, Band 5, Friedrichshafen 2013;
- Südschwäbische Nachrichten (Hg.): Krieg, Rüstung und Militär in Friedrichshafen – Eine Dokumentation, Friedrichshafen 1983;
- Südschwäbische Nachrichten (Hg.): Krieg, Rüstung und Militär in Lindau – Eine Dokumentation, Lindau 1983;
- Initiative gegen Waffen vom Bodensee: [www.waffenvombodensee.de](http://www.waffenvombodensee.de) ;
- Weber, Jürgen und Wolfgang: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“ – Die KPÖ in Vorarlberg 1920-1956, Feldkirch 1994.
- Wolf, Winfried (Hg.): [www.zeitung-gegen-den-Krieg.de](http://www.zeitung-gegen-den-Krieg.de)



Die Partei DIE LINKE auf dem Internationalen Bodensee-Osternmarsch 2012 in Friedrichshafen (Foto: Schweizer)

# RÜSTUNG TÖTET auch OHNE KRIEG



terre des hommes  
10000 für Kinder in Not  
Postfach 1101 4000 Linz

Beitrag (CHF)  10  
Beitrag (CHF)  20  
Beitrag (CHF)  50

Jede Rakete,  
die vom Stapel läuft  
bedeutet ein ~~Beckhauker~~  
die hungrig sind und  
nicht gespeist werden